

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raben & Komp., Nr. 1265

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meußdorf und Dresden-Altsadt.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 25,00 M., Einzelnummer 60 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Kompariszeile 4,00 M., Familienanzeigen 3,00 M., die 3spaltige Reklamezeile 15,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Dreimonatsfristung 60 Pf.

Nr. 62

Dresden, Dienstag den 14. März 1922

33. Jahrg.

Die Neuregelung der Beamtengehälter

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag sind die Besprechungen zwischen der Regierung und dem Zweifler-Ausschuß der Beamten zu Ende geführt worden. Nach einer sehr langen Aussprache, in der von beiden Parteien umfangreiches Material vorgetragen wurde, das zur Begründung der Forderungen und der Bewilligungen diente, kam man zu einem Kompromiß. Es wurde auch über die Deckungsfrage gesprochen. Man beschloß, die Tarife bei der Post und bei der Eisenbahn erneuert zu erhöhen, um die Aufwendungen für die Beamten und Staatsangestellten herabzubringen. In beiden Ministerien hat man sich bereits mit diesen Fragen beschäftigt, doch sind endgültige Beschlüsse erst jetzt möglich, nachdem die Höhe der Ausgaben für die Beamten und Arbeiter feststeht. Ministerialdirektor v. Schlieben teilte ferner mit, daß die neuen Gehälter mit Wirkung vom 1. April in Tätigkeit treten sollen. Dem Reichstag werden sofort die entsprechenden Vorlagen überandt werden, und wahrscheinlich dürfte das Parlament die neuen Erhöhungen mit Bewilligung genehmigen. Die Frage, ob den Beamten noch im Laufe dieses Monats ein Vorstoß gemacht werden kann, um der Not zu steuern, wird durch den 23. Ausschuß des Reichstags in einer besondern Sitzung geklärt werden.

Im übrigen hat sich die Einigung auf der Grundlage entwickelt, daß zwischen den Forderungen der Gewerkschaften und den geplanten Bewilligungen der Regierung die Mitte gefunden wurde. Die Erhöhung macht sich besonders bemerkbar für die unteren und mittleren Beamten, während die Oberbeamten nur verhältnismäßig geringe Zulagen erhalten haben. Die oberste Gehaltsklasse 13 und die Einzelgehälter sind durch die Heraushebung der Bezüge überhaupt nicht berührt worden. Neu ist, daß alle Beamten eine jährliche Ehefrauenzulage erhalten haben. Im übrigen sind die Sätze für die Beamten folgendermaßen erhöht worden:

Gruppe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII
Gruppe I	3500-4000	4000-4500	4500-5000	5000-5500	5500-6000	6000-6500	6500-7000	7000-7500	7500-8000	8000-8500	8500-9000	9000-9500
Künftige Grundgehälter:	11 000-18 000	18 500-19 000	19 500-20 000	20 000-21 500	21 000-22 000	22 500-23 000	23 500-24 000	24 500-25 000	25 000-26 000	26 000-27 000	27 000-28 000	28 000-29 000

Für Gruppe XII bleiben die Gehälter wie bisher.

Die Sätze der Ortszuschläge bleiben bestehen, dagegen sind die Ortszuschläge den neuen Gehaltsstufen anzupassen. Auch die Kinderzuschläge sind unverändert geblieben, doch sollen die Nachprüfungen für die Zahlungen bei Kindern von 14 bis 21 Jahren schärfer als bisher gehandhabt werden.

Die Feuerungszuschläge auf das Grundgehalt, die Ortszuschläge und die Kinderzuschläge sind von 20 auf 25 Prozent erhöht worden. Der für alle Beamten gleich hohe Feuerungszuschlag wird um 500 M. erhöht. Jeder verheiratete Beamte erhält ein sogenanntes Frauengeld in Höhe von 1000 M. jährlich. Für die Witwen sind entsprechende Erhöhungen vorgenommen worden.

Die erfolgte Regelung auf dem Gebiete der Beamtenbezahlung hat die Bestandteile, aus denen sich das Beamten-einkommen zusammensetzt, noch weiter vermehrt und die Berechnung komplizierter gemacht. Nachstehend bringen wir in gedrängter Kürze eine Übersicht darüber, wie sich das Einkommen eines verheirateten Beamten in Zukunft gruppiert. Der verheiratete Beamte erhält ein Grundgehalt, abgestuft nach Besoldungsgruppen. Jede einzelne Gruppe erhält eine Reihe Aufzählungsstellen je nach dem zurückgelegten Besoldungs-dienstalter. Zum Grundgehalt kommt ein nach fünf Orts-klassen und der Höhe des Grundgehalts abgestufter Ortszuschlag. Von Grundgehalt und Ortszuschlag wird ein beweglicher Feuerungszuschlag in Prozenten der Höhe von insgesamt 25 Prozent gewährt. Dazu kommt weiter ein für alle Beamten ohne Unterschied fester Feuerungszuschlag (Kostzuschlag) in Höhe von 2500 M. jährlich. Für die Ehefrau wird eine für alle verheirateten Beamten gleich hohe Zulage von 1000 M. für das Jahr gewährt. Während zu den Kinderzuschlägen ein Feuerungszuschlag von 25 Prozent kommt, ist dies bei der Frauenzulage nicht der Fall. Für die etwa vorhandenen Kinder wird eine Kinderzulage von jährlich 1500, 2400 oder 3000 M. je nach dem Lebensalter gezahlt. Diese Sätze erhöhen sich um den 25prozentigen Feuerungszuschlag. In den Orten, wo die Arbeiter Leberteuerszuschläge erhalten, kommt für die Beamten eine widerrechtliche Wirtschaftsbefähigung zu den vorgenannten Bezügen hinzu, die sich nach der Höhe der den Arbeitern gewährten Leberteuerszuschläge richtet. Für je 10 Pf. Leberteuerszuschlag für die Ehefrau erhält der Beamte 250 M. Wirtschaftsbefähigung im Jahr.

Ueber die Frage der Arbeiterlöhne und Ange-stelltegehälter begannen die Verhandlungen am Montag nachmittag. Es ist damit zu rechnen, daß auch in dieser Frage eine Einigung erzielt wird.

Die „Erwachenden Bayern“

Zu den Hauptgründern der neugetauften bayerischen Königs-Partei (Christlich-Sozialistische Volkspartei) gehört auch der bekannte und einflussreiche „Bauerndoctor“ Heim. Dadurch gewinnt die monarchistische Bewegung in Bayern an Bedeutung und es muß ihr mehr als bisher auf die Finger gelesen werden. Dies ist so notwendig, da die monarchistischen Bestrebungen in Bayern in engster Fühlungnahme mit den Franzosen erfolgen und somit nicht nur eine Gefahr für die Republik, sondern zugleich eine Gefahr für den Bestand und die Einheit des Deutschen Reiches bilden. In der Welt am Montag gibt ein bayerischer Demokrat interessante Einblicke in diese „treudeutschen“ Umtriebe:

Dr. Heim hat sich, nachdem er den kurzschöpfigen bayerischen Stuchreutratzen Rahr zum Ministerpräsidenten befördert und ihm sein Programm, wie er sich rühmt, in die Finger diktiert hatte, förmlich als bayerischen Minister des Neuen etabliert. Wichtige Unterhandlungen zwischen München und Paris sind von ihm geführt worden. Wir werden auf diese französisch-bayerischen Unterhandlungen später zurückkommen. Heim hat sich weiter mit Dörren und Schöner alliiert und ihnen dann plötzlich die Freundschaft geschenkt. Die Annäherung Heim an die Dörrenwünsche französischer Machtpolitiker erregte selbst heftigen Widerspruch in den Reihen der bayerischen Volkspartei.

Zur Zeit erhofft Heim taufstichtige Unterstützung seiner auf die Sprengung des Reiches gerichteten Pläne abermals von bestimmten französischen Freunden. Heute erwähnt er sich für die „Idee der Vereinigten Staaten des europäischen Kontinents“ gegenüber dem englisch-amerikanischen „Imperialism“. In diesem Satz schließt Heim wieder deutlich nach Paris hinüber.

Heim gebietet über eine ausschlaggebende Macht in Bayern: über einen monarchistischen oberen Beamtenapparat, einen halb monarchistischen Landtag und eine von monarchistischen Fanatikern geführte Reichswehr oder wie das Blatt des bayerischen Volkspartei-Führers Held, der Regensburger Anzeiger, offen schreibt:

„Wir haben einen republikanischen Staatsapparat, der von Beuten bedient wird, unter denen man die völlig über-

zeugten Republikaner mit dem Vergrößerungs-glas suchen muß; wir haben einen Landtag dessen Mehrheit, sich gewiß auf die Seite einer reformierten Monarchie stellen würde, wenn es nur gälte, sich theoretisch für diese oder jene Staatsform zu entscheiden.“

Zur Förderung dieser Bestrebungen soll jetzt in Bayern nach ungarischem Vorbild ein „Bund der erwachenden Bayern“ gegründet werden mit dem berichtigten ehemaligen Landeshauptmann Rangler an leitender Stelle. Die monarchistischen Umtriebe in Bayern haben jede Hülle von sich geworfen. Ein Zeichen, wie stark sie sich fühlen und wie berechtigt die Mahnung des bayerischen Demokraten ist, gegen diese Umtriebe auf der Hut zu sein.

Die russische Genua-Delegation

Paris, 14. März. Chamberlain erklärte im Unterhaus, die russische Regierung habe der italienischen Regierung telegraphisch mitgeteilt, daß die russische Delegation auf der Genueser Konferenz bestehen werde aus Lenin, Tschitschewin, Krassin und Litwinow sowie elf weiteren Delegierten. Ein Abgeordneter fragte, ob Schritte getan worden seien, um die russischen Delegierten gegen Ermordung zu schützen. Chamberlain erwiderte darauf, daß sei eine Frage, die die italienische Regierung angehe. Auf weitere Fragen erklärte Chamberlain, die Abwesenheit der amerikanischen Regierung, an der Konferenz teilzunehmen, werde zu keinerlei Verschiebung des Zeitpunktes der Konferenz führen. Die erste Sitzung der Konferenz sei auf den 10. April festgesetzt. Auf eine Frage, ob die Aburteilung der deutschen Kriegsschuldigen unter den Fragen sei, die in Genua zur Behandlung kommen werden, antwortete Chamberlain mit Nein.

Wie die sowjetische Agentur Rosta meldet, ist es nicht ausgeschlossen, daß Rußland seine Beteiligung an der Genueser Konferenz abgeben wird, falls seine Vertreter zu der am 21. März beginnenden Sachverständigenkonferenz in London nicht hinzugezogen werden.

Neue Sozialistenverfolgungen in Sowjetrußland

Von W. Smilg-Benario

In dieser Stelle wurde schon des öfteren hervorgehoben, daß die sog. „Evolution“ des Bolschewismus sich ausschließlich auf das politische Gebiet erstreckt. Es wäre falsch, von einer wirtschaftlichen Evolution zu sprechen, denn das, was in Rußland zur Zeit geschieht, bedeutet im Grunde genommen eine Selbstkannibulation der wilden Nationalisierungspolitik, die der ökonomischen Entwicklung des Landes überhaupt keine Rechnung getragen hat. Der neue Wirtschaftskurs hat jedoch auf das politische System des Bolschewismus, d. h. auf das System der Diktatur der herrschenden Partei, keinen Einfluß ausgeübt. Wenn wirtschaftlich der Bolschewismus sich jetzt, nach fünfjährigem Bestehen, selbst liquidiert, so ist er politisch noch immer derselbe geblieben, der er war. Angesichts des neuen Wirtschaftskurses scheint man in letzter Zeit in Westeuropa etwas günstiger auch das politische System in Rußland zu beurteilen, und die Bolschewisten tun auch alles, um das Ausland in dieser Richtung zu erhalten. Man wachte in Sowjetrußland genau, wie sehr im Ausland die Gerüchte über die (außerordentliche) Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution) das Mißtrauen gegen die bestehende Rechtsordnung in Sowjetrußland erregt hat. Und um den Schein zu erwecken, als ob mit dem neuen Wirtschaftskurs auch ein neuer politischer Kurs begonnen habe, wurde bekanntlich vor kurzem durch ein Dekret die Diktaturformel aufgehoben. Es wurde aber tatsächlich nur der Name abgeschrieben, denn der ganze Apparat der Diktatur wurde unter dem ungeschicklichen Namen „Politische Abteilung“ dem Volkskommissariat für innere Angelegenheiten unterstellt. Welch eine Komödie im Grunde genommen diese Auflösung ist, beweist schon der Umstand, daß der jetzige Volkskommissar für innere Angelegenheiten Derschinskij fast drei Jahre hindurch Vorsitzender der Diktatur war! Dem Hintertüschlichen Merkmal wurde also die Möglichkeit gegeben, sich wieder von neuem zu zeigen und anzukündigen. Diese Gelegenheits-scheitler jetzt kommen zu sein. Der Bolschewismus will, wie die letzten Meldungen aus Moskau uns erkennen lassen, wieder sein wahres Gesicht zeigen.

In diesen Tagen brachte der Telegraph aus Moskau die Meldung, daß es der harnislosen politischen Abteilung des Volkskommissariats des Innern gelungen sei, eine große Ver-schwörung der Partei der Sozialisten-Revolutionäre aufzu-decken. Zwei „zum Verbrechen ihrer Verbrechen gekommenen“ gewesenen Mitglieder der Partei Semjonoff, Wassiljew und Monobletta sollen den Behörden erdrückendes Material über geplante Mordanschläge und Terroranschläge gegen Lenin und Trotski geliefert haben. Vor dem höchsten Revolutions-tribunal werden sich für diese Verbrechen die Mitlieder des Zentralkomitees der Partei der Sozialisten-Revolutionäre zu verantworten haben. Da aber die meisten Führer der Sozialisten-Revolutionäre entweder im Ausland sind oder illegal sich in Rußland aufhalten, so blieb den Bolschewisten nichts anderes übrig, als diejenigen Führer der Sozialisten-Revolutionären Partei wie Sob, Donkoi, Almojew u. a. vor das Revolu-

tionstribunal zu stellen, die bereits seit 1919 im Durch-schnitzungsgefängnis als Geiseln schmachten.

Den äußeren Anlaß zur Aufdeckung der Verchwörung gaben die „Enthüllungen“ des oben genannten Semjonoff. Dieser Herr hat im Auslande in russischer Sprache über die Tätigkeit der stamproganisation der Sozialisten-Revolutionäre Erinnerungen veröffentlicht. Er hatte sich seinerzeit an dieser stamproganisation beteiligt. Wie wenig man diesem Semjonoff Vertrauen schenken kann, zeigt seine „Tätigkeit“ in den letzten Jahren. Er trat nämlich im Jahre 1920 zu der den Bolschewisten wohlwollend gesinnten Gruppe der Sozialisten-Revolutionäre „Korad“ über. Er wurde während des russisch-polnischen Krieges von dieser Gruppe beauftragt, im Rücken der polnischen Armee als Freischützer zu wirken. Doch Semjonoff wurde zusammen mit seinen Gefinnungsgenossen, die zu denselben Zwecke nach Polen geschickt waren, von den Polen gefangen genommen; alle außer Semjonoff wurden erschossen. Dieser trat nämlich, während er im Warschauer Gefängnis saß, mit dem bekannten Antibolschewisten Sawinikoff in Verbindung und bot letzterem seine Dienste im Kampfe gegen die Bolschewisten an. Auf Veranlassung Sawinikoffs wurde Semjonoff von den polnischen Behörden aus dem Gefängnis entlassen. Er begab sich dann im Auf-trage Sawinikoffs nach Sowjetrußland, wo er ebenfalls als Freischützer, diesmal aber gegen die Bolschewisten, wirken sollte. Doch nach Sowjetrußland zurückgekehrt, hielt er es für das Zweckmäßigste, in einer Institution eine Stellung anzunehmen, die für diesen laiblichen Herrn mit seinen ab-gewöhnlichen Eigenschaften als Späher überaus geeignet war, nämlich in der Moskauer Diktatur. Nach einem Jahre „schwerer Arbeit“ erhielt Semjonoff einen Urlaub. Er fuhr ins Ausland und schrieb hier, die großen Kämpfer unter Zeit nachahmend, seine Memoiren. Diese bilden jetzt die Grundlage für die Verchwörungen, die die Bolschewisten den Sozialisten-Revolutionären vorwerfen. Es muß sehr schlecht um eine Justiz bestellt sein, wenn sie in einem großen poli-tischen Prozeß als Kronzeugen einen Menschen mit solchen be-denklichen Moralbeurteilen heranzieht, wie es Semjonoff ist.

Von was für einer großen Verchwörung ist aber über-haupt die Rede? Was sind das eigentlich für Enthüllungen, die die Sowjetbehörden vernichten, einen großen politischen Prozeß zu inszenieren? Und da muß gesagt werden: Die „Enthüllungen“ Semjonoffs bestehen sich gar nicht auf eine Verchwörung, die etwa vor kurzem von den Sozialisten-Revolutionären geplant wurde, sondern auf die Tätigkeit der Partei in den Jahren 1918/19. In diesen Jahren setzten die „Enthüllungen“ nur die allen bekannte Tatsache, daß die Sozialisten-Revolutionäre der Gewaltherrschaft der Bolschewisten mit Gewalt entgegengetreten sind. Sie begannen den offenen Kampf nicht sofort nach dem Oktoberumsturz, sondern erst nach der gewalttätigen Sprengung der konstituierenden Nationalversammlung. Zudem sie mit Hilfe der tschecho-slowakischen Legionäre im Wolgagebiet einen Aufstand gegen

die Bolschewisten organisierten, machten sie von ihrem Recht der Rotwehr gegen die Bolschewisten Gebrauch. Sie haben jedoch den Weg gegen die Bolschewisten in dem Augenblick aufgegeben, wo in ihrem Rücken ein neuer Gewaltherr auftrat, nämlich Admiral Kolltatsch, der ebenfalls die Rechte des Volkes unterdrückte und die militärische Diktatur aufrichtete.

Alle diese Tatsachen sind nicht nur den Sowjetbehörden, sondern jedem Sinde in Russland bekannt. Und eben aus diesem Grunde, weil die Partei der Sozialisten-Revolutionäre die erste war, die den Kampf gegen die Bolschewisten aufnahm, wurde eine große Zahl der bedeutenden Führer der Partei verhaftet und ins Gefängnis geworfen, wo sie als Geiseln behandelt wurden. In den drei Jahren, in denen die Führer der Sozialisten-Revolutionäre im Butyrki-Gefängnis schmachteten, fiel es den Sowjetbehörden nicht ein, das Zentralkomitee der Sozialrevolutionären Partei wegen seiner Beteiligung am Kampf gegen den Bolschewismus zur Verantwortung zu ziehen. Und jetzt plötzlich nach drei Jahren wird ein großer politischer Prozeß gegen sie in Szene gesetzt, in dem die Anklage sich auf unbefangene und längst vergangene Tatsachen stützt.

Die neuen Verordnungen sind wohl auf drei Gründe zurückzuführen:

Der innere Zerwürfnis nennt innerhalb der kommunistischen Partei Russlands im Zusammenhang mit dem neuen Wirtschaftskurs und der Bürokratisierung der Partei immer mehr überhand. Um die Unzufriedenheit in der Partei zu dämpfen, greifen die Bolschewisten zu ihrem überaus rohen Mittel, dem Terror. Die Angst soll jeden Ausbruch einer oppositionellen Stimmung in der Partei lähmen. Daß gerade jetzt die Bolschewisten wieder die Andersgesinnten innerhalb ihrer Partei verfolgen, beweisen der Fall Glorant und Kanatoff. Der erste, ein finnischer Kommunist, kämpfte gegen das bürokratische System innerhalb der finnischen kommunistischen Zelle in Petersburg. Bei einer letzten Auseinandersetzung mit den Mitgliedern des Zentralkomitees der finnischen kommunistischen Partei töteten die Anhänger Glorant's einige ihrer Widersacher. Dafür mußte Glorant vor dem Revolutionstribunal sich verantworten, obwohl er selber an dem Verfall unbedeutend war. Er wurde wegen Antifission vom Revolutionstribunal zum Tode verurteilt, doch auf Grund der Amnestie wurde die Todesstrafe in Gefängnisstrafe umgewandelt. Das zentrale Exekutivkomitee hat aber das Urteil des Revolutionstribunals, soweit es die Todesstrafe in Gefängnisstrafe umwandelt, aufgehoben und das Todesurteil gegen Glorant wieder vollstreckt. Das Schicksal Glorant's sollte eine Warnung für die Oppositionellen sein. Gleichzeitig fanden unter den Mitgliedern der Gruppe Agnataff, der sogenannten Arbeiteropposition innerhalb der kommunistischen Partei, Massenverhaftungen statt. Außerdem sind auch aus die jetzt noch unbefangenen Gründen die Führer der den Bolschewisten wohlgesinnten sozialrevolutionären Gruppe „Korod“, Kolltatsch, Kurewain u. a. verhaftet worden. Der Terror soll wiederum einmal seine eiserne Hand zeigen, und diesmal auch gegen die vielen Unzufriedenen im eigenen Lager. Da erscheint es den Bolschewisten notwendig, unter irgendeinem Formworte den roten Schrecken auch wieder auf die Sozialisten-Revolutionäre auszuweiten, denn ihre Propaganda hat in letzter Zeit in Russland immer mehr und mehr Erfolg gehabt und beginnt allmählich den Sowjetisten gefährlich zu werden.

Der zweite Grund für die künftige Ausgliederung dieses großen Prozesses ist wohl darin zu suchen, daß die „aufgelöste Diktatur“ den linken Flügel der Kommunisten gegen will, daß sie eine durchaus unerbittliche und militärische Konstitution ist, die trotz ihrer „Auflösung“ auch weiter in der Lage ist, „Verdammungen“ (wenn auch etwas veraltete) anzubringen.

Der dritte Grund besteht wohl darin, daß es allmählich den Bolschewisten vor dem Auslande unangenehm wurde, drei Jahre lang die Führer der Partei der Sozialisten-Revolutionäre im Gefängnis schmachten zu lassen allein wegen ihrer Zugehörigkeit zu dieser Partei. Deshalb ist man jetzt nach drei Jahren bedacht, gegen die Sozialisten-Revolutionäre konkrete Anklagen zu konstruieren.

In einer Zeit, wo gerade das erweiterte Memum des Exekutivkomitees der Dritten Internationale beschlossen hat, in Brest-Litovsk mit den andern sozialistischen Parteien in gemeinsame Aktion zu treten, werden im Russland die Sozialisten aller Schattierungen, ja sogar die kommunistische Opposition, neuen heftigen Verfolgungen ausgesetzt. Die bolschewistische Machthaber können eben ohne Gewalt und Schrecken nicht bestehen und deshalb darf an eine innere Genesung Russlands nicht gedacht werden, solange ihre Diktatur waltet. Die

Gesetzung kann erst eintreten, wenn die heutige Macht besetzt wird. Das bedeutet natürlich nicht, daß sich das Ausland in die inneren Angelegenheiten Russlands einmischen oder eine Intervention unterstützen soll. Ein solcher Versuch würde an dem gesunden Nationalinstinkt des russischen Volkes scheitern. Sondern es gilt für die russische Demokratie und die russischen sozialistischen Parteien, den Kampf zur Befreiung der bolschewistischen Gewaltherrschaft zu führen.

Die Antwort der U. S. P. an die K. P. D.

Die Zentralkommission der U. S. P. hat auf die Aufforderung der Zentrale der K. P. D. zu gemeinsamen Aktionen gegen das Steuerkompromiß folgende Antwort erteilt:

„An die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin C 54.
Die Zentralkommission der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat in ihrer Sitzung vom 9. März Stellung genommen zu dem Schreiben der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 7. März 1933, betreffend ein gemeinsames Vorgehen beider Parteien gegen Steuerkompromiß und Steuerkompromiß.“

Als Antwort teilen wir mit, daß schon lange vor Eintreffen Ihrer Einladung unsere Regierungen alle Maßnahmen getroffen haben, um die Interessen der Arbeiter, Angehörigen und Beamten wahrzunehmen und das Attentat der Beschränkung auf die Taschen des arbeitenden Volkes zu verhindern.

Die Zentralkommission der U. S. P. kann sich keinen Erfolg davon versprechen, Beratungen über ein gemeinsames Vorgehen mit der Zentrale der K. P. D. abzuhalten, während zu gleicher Zeit, wie die Zentrale der K. P. D. ein für gemeinsame Aktionen gewinnen will, unsere Partei fortgesetzt in dem Zentralorgan der K. P. D. bekämpft und verurteilt wird, und führende kommunistische Instruktionen ein Flakot entrichten lassen, dessen einleitende Sätze lauten:

„Der Reichstag, die „Vertretung des deutschen Volkes“, hat ein Steuerkompromiß beschlossen. Nach dem Willen der Volkspartei, der Demokraten, des Zentrums, der Sozialdemokraten (Arbeitervertreter) und der Unabhängigen (auch „Arbeitervertreter“, die nicht bezogen stimmten) sollen die besetzten, werkschlüssigen Massen von neuen 33 Milliarden Mark Steuern aufrufen.“

Da die U. S. P. von vornherein öffentlich eine klar abgrenzte Stellung zu dem Steuerkompromiß eingenommen hat, so stellen sich die Behauptungen in dem kommunistischen Flakot als neue schwere Verleumdungen unserer Partei dar, die die Behauptungen der Zentrale der K. P. D., daß es ihr um eine Einheitsfront mit unserer Partei zu tun sei, als ein böses Mandat enthielten, durch das die Arbeiter getäuscht, betrogen und irreführt werden sollen.

Die Zentralkommission der U. S. P. J. S. Crispian.“

Schrei-Sozialisten und Schein-Demokraten

In einem offenen Brief wendet sich der unabhängige Gewerkschaftsführer Ernst Meißner, Minden, gegen das Blauen U. S. P. Blatt, das ihn wegen seiner selbständigen Stellungnahme, die es sachlich nicht zu überlegen vermag, persönlich herabzusetzen sucht:

„Ich arbeite für die Wiedervereinigung des Proletariats. Sie wollen die Zerstückelung aufrecht erhalten. So betrachtet, haben Sie das Recht, mich zu bekämpfen. Und ich weiß, daß Ihre Hauptausrichtungen sich nicht gegen meine Person, sondern gerade gegen meine Tätigkeit für die Wiedervereinigung des Proletariats richten. Sie wollen aber aus leichtverständlichen Gründen Ihren Kampf gegen die Wiedervereinigung verdecken und wenden sich höflich gegen die Personen, die diesen Gedanken fördern.“

Seiner legt man dar, daß er seine Artikel in der rechtssozialistischen Presse erst veröffentlichte, nachdem die Redaktion des unabhängigen Blattes seine Artikel, die für eine Wiedervereinigung des Proletariats eintreten, abgelehnt hatte.

Dann kommt er auf die Koalitionsfrage zu sprechen: „Ich habe die Koalitionspolitik nie verurteilt, sondern immer für notwendig gehalten. Sondern, ich habe mich oft unzufrieden mit unserer Politik geäußert; ich habe auch oft gesagt, daß auch ein Rechtssozialist so sprechen könne.“

„Ich fand in gefährlichen Tagen, wie z. B. zur Zeit der Spaltung, zur Zeit des Maypulsches, zur Zeit der politischen Wende (Ersberger) zwischen unseren Radikern und den rechtssozialistischen

Kadavern nie einen Unterschied nur in weniger gefährlichen Tagen wurden unsere Genossen immer besonders „rebell“ ...

„Ich würde jetzt für die Wiedervereinigung nicht bekämpfen, weil ich in einem Bezirk bin, wo die U. S. P. dominiert, sondern weil ich die Wiedervereinigung fördern will, und dabei vertrat ich Ihnen, daß ich hier weniger Unterstützung, sondern mehr Bekämpfung finde.“

Nun in aller Freundschaft noch ein offenes Wort: Es gibt leider noch zu viel Mitglieder in unserer Partei, die weder unabhängig, noch Sozialisten und Demokraten sind. Bedürfte es dafür noch eines Beweises, so wäre Ihre Kritik Beweis genug. Ich will über die Unabhängigkeit hier nicht reden. Aber der Geist, aus dem heraus diese Ihre Ausstellungen geschrieben sind, ist weder sozialistischer Geist, noch demokratischer Geist. Wissen Sie, wer Sozialist ist? Sozialist ist derjenige, der im engeren Gemeinschaftsgefühl, im Gefühl des gemeinsamen Kampfes um eine höhere Kultur seinen Klassengenossen brüderlich die Hand reicht ...

Wissen Sie, wer Demokrat ist? Demokrat ist derjenige, der, wenn er glaubt, daß nach seiner Meinung der andere Genosse auf falschem Wege ist, diesen Genossen von seiner besseren Idee zu überzeugen versucht, sich mit ihm einigt! Auch das tun Sie nicht. Sie hoffen blind ihre eigenen Genossen mit anderer Meinung. Sie sind Schrei-Sozialist und Schein-Demokrat. Solche hängen dem Proletariat auf seinem Wege zu einer höheren Kultur wie Flecken auf den Füßen. Wenn endlich einmal die vielen Schrei-Sozialisten und Schein-Demokraten in den eigenen Reihen durch die Vernunft überführt sein werden, ist die Wiedervereinigung des Proletariats tollender und es kann aufwärts gehen im proletarischen Leben.

Die sozialistische Presse soll kritisch in politischen Tagesfragen sein auf dem unpopulären Wege zu unserem Ziele. Sie ist selbst, sofern sie gestellt, sachlich, wahr und einigungsfördernd ist. Leider haben manche sozialistische Mäxter diesen ihren Zweck noch nicht begriffen. Sie wirken nicht zielklar, sachlich, einigungsfördernd, sondern hemmend, fürzlich, zerstörend, verächtlich. Sie sind nicht Politiker, sondern Verächter gleich wirken sie verführend aufs Proletariat. Sie sind die größte Gefahr im eigenen Gelände ...

Reichswirtschaftsrat und Zwangsanleihe

Der finanzielle Ausschuss des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich am Sonnabend mit Punkt 4 der für die Konvention von Genewa vorgesehenen Tagesordnung: Finanzfragen. Lieber einmütig wurde beschlossen, daß es Deutschland jetzt nicht möglich sei, bestimmte Vor schläge zu machen. Neben allgemeinen Richtlinien müßten vor allem spezifische Unterlagen beschafft werden, die es den Unterhändlern ermöglichen, alle die Lage Deutschlands betreffenden Fragen zu beantworten. Als Richtlinie wurde der Entwurf eines Gutachtens von Georg Bernhard angenommen, das u. a. befragt: „Die augenblickliche Lage gebietet die Revision der infolge des Krieges eingetragenen internationalen Verschuldung und die Wendung der unproduktiven Anleihe des Geldes in den übervalutierten Ländern durch Ueberlassung von Krediten an die goldarmen Staaten. Diese Kredite sind teils als Staatskredite, teils als langfristige Anleihekredite für die Industrie zur Verfügung zu stellen.“

Zu erwägen ist, ob nicht unter Führung der Zentralnotenbank des Kontinents zur dauernden Stärkung der europäischen Währungs eine Art von Clearing der europäischen Wirtschaften herbeigeführt werden soll, durch das die Salden der einzelnen Volkswirtschaften ausgeglichen werden, so daß nur ein Gesamtaldo der europäischen Wirtschaft zu werden braucht. Bei der Behandlung der Zwangsanleihe wurde ein Antrag Hilfforderung angenommen, der fordert, daß der Entwurf des Gesetzes über die Zwangsanleihe dem Ausich so rechtzeitig zugeht, daß seine sachliche Mitarbeit möglich ist. Die Emission der Zwangsanleihe wird außerordentlich bedenklich gehalten. Der Ausich behauptet, daß nicht andre Arten der Kreditausführung versucht worden sind, z. B. die Auflegung einer freiwilligen, geldwertbeständigen Anleihe, deren in Gold zu verzinsenden Zinsen und Amortisationsbeträge dem Reich aufzulegen wären.

Leben • Wissen • Kunst

Ausstellung des Volkswangverlages

Emil Richter, Prager Straße

Die Erde ist rund. Das haben der Krieg und die andern Kriegerkämpfer bewiesen. Das beweisen noch die mannigfaltigen verkehrten und vielsichtigen Einflüsse fremder Kulturen auf die abendländische. Das Kolosa hat sich auch mit China und Japan befreundet, so wie der einfache Mensch das Selbst, seiner Art Fremde schließt. Uns geht es schon um andere. Wir interessieren uns mehr für die Art, die andere Kulturen dem Problem Kultur, dem Problem Gott in ihrer Kunst und in ihrem Denken hervorbringen. Und dann mischt sich auch das Problem der Naturwissenschaften mit dem geistigen Leben, das irgendwas in der Art ist. Überhaupt ist das geistige Leben, das irgendwas in der Art ist. Überhaupt ist das geistige Leben, das irgendwas in der Art ist.

Die Kunst ist ein geistiges Leben. Sie ist ein geistiges Leben, das irgendwas in der Art ist. Überhaupt ist das geistige Leben, das irgendwas in der Art ist. Überhaupt ist das geistige Leben, das irgendwas in der Art ist.

Die Kunst ist ein geistiges Leben. Sie ist ein geistiges Leben, das irgendwas in der Art ist. Überhaupt ist das geistige Leben, das irgendwas in der Art ist. Überhaupt ist das geistige Leben, das irgendwas in der Art ist.

Die Kunst ist ein geistiges Leben. Sie ist ein geistiges Leben, das irgendwas in der Art ist. Überhaupt ist das geistige Leben, das irgendwas in der Art ist. Überhaupt ist das geistige Leben, das irgendwas in der Art ist.

Die Kunst ist ein geistiges Leben. Sie ist ein geistiges Leben, das irgendwas in der Art ist. Überhaupt ist das geistige Leben, das irgendwas in der Art ist. Überhaupt ist das geistige Leben, das irgendwas in der Art ist.

Die Kunst ist ein geistiges Leben. Sie ist ein geistiges Leben, das irgendwas in der Art ist. Überhaupt ist das geistige Leben, das irgendwas in der Art ist. Überhaupt ist das geistige Leben, das irgendwas in der Art ist.

von Doro Huber eine geistige Tüchtigkeit und eine schließliche Vornehmheit der Bewegung, wie in den Werken der besten hellenischen Zeit: von den dekorativen Werken der Reliefs und ihren Mitteln, namentlich der Wiederholung desselben Formenschemas, aber zu schweigen. Die Regierpolitik ist brutal, streifen im Verhältnis 1:100. Bei dieser, oder besser gesagt trotz dieser Malträtierung der Natur eine Eingringlichkeit des Naturtreibens in der abwesenden Gestalt der Landschaft, in der schmerzhaften Vertauschung der stützenden Natur, in der Art des Eigentums der Schulentragerin, die unerbittlich ist. Hier ist Naturalismus, der seiner ist. Ausdruck, Formbereinigung, Spieltrieb, alles, was wir auch um unsern Wege erreichen wollen.

Walt, die Insel der Seligen. Man hat dort Ausnahmen gemacht. Während schöne junge Körper, schöner als Statuen im Sonnenlicht, in Pflanz, vor schäumenden Wasserfällen, Glut der Farbe, Licht und tiefes Dunkel. Diese Bronze-Naturkörper und die raffinierten Bildauschnitte reden von dem Traum des müden Großstadtkulturmenschen nach seliger Einfachheit des Barockes. Von James und die neue Schöpfung. Das ist keine Süße. Das sind seine Wilden. Das ist alles abendländische Kultur, die auch Sehnsucht diese Welt bilber sein.

Peru zeigt u. d. zwei Köpfe. Einen mit einer hochgezogenen Intertypie, nur verblüffende Liniennormen auf einer Plastikoberfläche; aber wie diese etnometrischen Bände den Ausdruck formen! Und einen andern, den Rund schief, die Augen unheimlich, die Nasenform unheimlich, aber in der feinen Beobachtung und Verklärung dieser der Natur abgelauchten Jünger eine Größe wie Robins Dalgar.

Next-to hat auch einen waldig rund modellierten guten Kopf, gute Flächenmuster, Schalen und Krone, die modernes Kunstgemerke sein könnten. In Figuren als Schalenträger sind die Verzierungen mehr angeordnete Kunstgemerke gegenüber der gleichen Arbeit des Regard, dem der schlagende Ausdruck der Figur wahr ist, als das Betonen der hübschen und zuckelnden Form. An den Schälchenarbeiten interessieren die lebendige Reinheit und Solidität des Handwerks sowie das dekorative Gefühl trotz dem wuchernden Detail.

Offenlich haben die vorbildlichen Anfertigungen, die die Sammlung gibt, nicht den Erfolg, daß man nun auch Figuren mit Wassertröpfchen macht wie die Regner und glaubt, das sei moderne und große Kunst, sondern daß man nun kann, janzwären mit unferm Fortschrittskomplex zu idealen und unferer Kultur die einfache Form aus sich heraus bringt, nicht Unberstandenes ihr aufzuleist. Von den Abbildungen aus der Gotik und dem Barock später. G. P.

Dresdner Kalender

Theater am 15. März. Opernhaus: Die Weistänger von Nürnberg (6 1/2). — Schauspielhaus: Loroquo Tasso (7). — Zentral-Theater: Das Dittelmödel (7 1/2). — Residenz-Theater: Die Königin der Nacht (7 1/2).

Schauspielhaus. Um dem letzten Andrang zu den Vorstellungen des Moskauer Künstlertheaters, die am Donnerstag den 16. und Freitag den 17. März — beide außer Abonnement — stattfinden, gerecht werden zu können, wird am Mittwoch den 15. März der Verkauf für beide Vorstellungen an der Schauspielhauskasse beginnen.

Die ausfallende Vorstellung für die Freitag-Abonnenten des 17. März wird am Donnerstag den 23. März nachgeholt.

Volkshochschule. Wegen Erkrankung des Vortragenden müssen Dr. Alfred Leucher (Mittwoch im Räum-Georg-Symposium) vorläufig ausfallen. Wiederbeginn wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Für den volkswirtschaftlichen Hermann-Voss-Abend der Abteilung Jugendlicher vom Neuen Dresdner Tierpark am Mittwoch den 15. März, abends 7 Uhr, im Odeon sind Eintrittskarten zu 2,00 M. und 1,10 M. im Hotelhaus Büchse, Ecke Moritz- und Ringstraße, und im Carl Adlers Buchhandlung, Marienstraße 16, zu haben.

Wittkungen der Kongressdirektion Ries. Mittwoch (7 1/2), im Palmengarten; Donnerstag von Carl Wetling. Der Abend von Arne Pfeifferer muß anderweitiger Verpflichtungen halber auf später verlegt werden. Geblühte Karten behalten Gültigkeit. Letztere sind zu haben bei B. Ries.

Zum Festen des Vereins der Rinderfreunde (Minderjahr) u. s. für das Rinderheim Casewitz findet Dienstag den 28. März im Saal des Ost-Allee 16, ein Konzert von E. C. und Friedr. Reichle statt, die Lieder und Partien von Dr. Oscar Schiller zum Vortrag bringen, begleitet vom Komponisten. Karten bei B. Ries, Seestraße 21, O. Reimold, Hauptstraße 9, und in der Geschäftsstelle des Vereins, Moritzstraße 4, 2.

Zusätzliche. Organist Paul Höpner veranstaltet wieder Orgelkonzerte jeden Donnerstag, abends 8 Uhr. Eintritt frei. Verträge nehmen 1 Mark. Eingang nur Hauptportal.

Dresdner Musikschule (Direktor Hans Schneider). In Schlußkonzert des 32. Schuljahres wird Dienstag den 28. März, 7 1/2 Uhr, im Opernhaus stattfinden. — Eintrittskarten in allen Schulkonzerten und am Saaleingang.

Das Reichsmietengesetz gefährdet

Dem organisierten Hausbesitz ist wegen der Annahme des Reichsmietengesetzes ein gewaltiger Schaden in die Hand zu kommen. Ein ganzes Schicksal wird in Verhandlungen und in der Presse über Reichstag und Reichsregierung losgelassen; ein Zeichen dafür, daß die Einparteien gut beraten waren, als sie schließlich in der Endabstimmung — trotz mancher schweren Bedenken — für das Gesetz eintraten. Jetzt versuchen es die Vertreter des Bodens, Haus- und Hypothekencapitals, auf den Reichstag zurück zu wirken, daß er gegen das Gesetz Einspruch erhebt, weil es „verfassungswidrig“ sei, da es in das Eigentumsrecht eingreife. In Berlin fand am Sonntag eine Kundgebung von „Hausbesitz, Handel, Handwerk und Gewerbe“ statt, um gegen deren Entziehung zu protestieren; ferner tagte gleichzeitig der Zentralvorstand der deutschen Haus- und Grundbesitzervereine, um den Kampf gegen das Gesetz zu organisieren. Zum Ueberflus wurde am Montag der Vorstand des deutschen Schutzbundes für Grundbesitz (Verzeichnis! „Das Präsidium“) einberufen, um den „Schadenstopf“ gegen das Gesetz zu führen. Weiter wurde der Reichspräsident in einer langen Eingabe von den Hausbesitzern aufgefordert, das „verfassungswidrig zustande gekommene“ Gesetz nicht zu verkünden. Um das Maß der Demagogie voll zu machen, bringt die Deutsche Hausbesitzer-Zeitung am 9. März (Nr. 10) die Uilgenmeldung, der Bund Deutscher Mietervereine habe in einer Entschließung an den Reichstag das Reichsmietengesetz für unannehmbar erklärt. Genau das Gegenteil davon ist Wahrheit! Würde dem Treiben der Hausbesitzer nachgegeben werden, so wären schwere innenpolitische Komplikationen zu erwarten.

Die „Freiheit“ in Witten

Die Wittenische „Montagspost“ schreibt: „Das Berliner Organ der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die Freiheit, befindet sich in schweren Witten. Das Gebäude in der Breiten Straße mußte verkauft werden — die Reichsbank hat es angekauft —, und die Druckerei der Freiheit ist von einer Privatdruckerei angekauft worden. Diese Privatdruckerei hatte es abgelehnt, das unabhängige Blatt weiter zu drucken, und guter Rat war nur teuer. Lange Verhandlungen der Parteileitung der Unabhängigen mit der sozialdemokratischen Parteileitung, die zum Ziel hatten, die Freiheit in der Druckerei des Vormars zu lassen, verliefen ergebnislos.“

Am Sonntag nachmittag wurde die Lage kritisch: das Blatt erschien verspätet und nur mit einem halben Bogen. Die Sonntagnummer gibt als Druckfirma der Zeitung eine Druckerei im Berliner Südkreuz an, in der bis vor kurzem die Witten gedruckt worden war. Von der besonders schlimmen Lage, in der sich dieses führende Blatt der Unabhängigen befindet, zeigt auch das Gerücht, daß es demnächst nur noch einmal lässig erscheinen soll.“

Diese Veröffentlichung veranlaßt den Vorwärts zu der Feststellung, daß die Verhandlungen von unserer Seite im Geiste größter Entgegenkommen geführt worden sind. Es ist uns auch heute noch nicht bekannt, warum die „Freiheit“ es schließlich vorgezogen hat, bei einer kleineren Privatdruckerei Zuflucht zu suchen. Den Niedergang des unabhängigen Blattes können wir, trotz gelegentlicher scharfer Reinigungsversuche, nur bedauern. Es ist wohlrich ein bitterer Lebensweh, auf dem die Arbeiterklasse erfahren muß, daß nur eine Arbeiterpartei und nur eine Arbeiterpresse ihre Sache zum Erfolg führen kann.

Die Vierbundkonferenz in Belgrad

Belgrad, 14. März. In einer am Sonntag abend abgehaltenen Plenarsitzung des Vierbundes (Ameine Entente) faßten die Delegierten einstimmig eine Resolution, in der festgestellt wird, daß aber alle in Genua zu erörternden wirtschaftlichen Fragen vollständig Einvernehmen erzielt wurde. Im Hinblick auf die für die Genueser Konferenz angenommenen Prinzipien, daß keinerlei Vertragsänderungen angenommen werden sollen, in dem festen Willen, an der Konsolidierung Europas mitzuwirken, und in der Ueberzeugung, daß die vitalen und legitimen Interessen gewahrt werden, erklären die Delegierten, in Genua eine einheitliche Haltung einnehmen zu wollen und auch etwaige neue Fragen gemeinsam zu erörtern.

Amerikas Druck auf Frankreich

London, 13. März. Wie der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph meldet, wurde von zuständigen amerikanischen Seite in London erklärt, daß die Anticipation der amerikanischen Regierung an ihren Pariser Vertreter Wenden angesehen werden könne als eine Ergänzung zur Weigerung Amerikas, an der Genueser Konferenz teilzunehmen. Die Weigerung gründet sich einerseits auf die Einwände gegen irgendwelche vorzeitigen offiziellen Beziehungen zum bolschewistischen Rußland, jedoch noch mehr gegen den Beschluß der Reparationsfrage sowie der Fragen, die die Abklärung zu Lande betreffen, vom Programm der Konferenz.

Meine Mitteilungen

Deutschland wieder auf der Kunstausstellung in Venedig. Auf der 18. Internationalen Kunstausstellung Venedig, die Ende April eröffnet wird, erscheint Deutschland wieder in seinem alten Ruhm. Wie im Cicero mitteilt, wird, werden an hervorragenden Künstlern Max Liebermann, Giebold, Gorkin und Kozlofska vertreten sein; eine Sonderausstellung bietet Gaeck-Riem, und außerdem wird eine Ausstellung von Werken Pöcklins beabsichtigt. In der französischen Abteilung sind alle Kunstschaffenden vertreten. Die Delegierten werden Gedächtnisausstellungen von Schopff und dem in Kriege gefallenen Bildhauer Al. Bouvier veranstalten; von den Lebenden erscheinen die Bildhauer Rousseau, Parafin und Wime. Holland führt Werke von Toorak, Weitzer, van Tongen u. a. Die Ungarn stellen zum erstenmal nach dem Kriege wieder aus; ebenso erscheinen erstmalig argentinische Künstler. Spanien deutet sich einen eigenen Pavillon; ebenso beteiligen sich die Russen wie früher in einem eigenen Gebäude. Die Schweizer, Tschecho-Slowaken und Nordamerikaner sowie die Japaner unter Führung ihres großen Meisters Fujita, finden Unterkunft in dem internationalen Saal. Schließlich wird zum erstenmal in Venedig die neuere Kunst in ein Publikum gezeigt.

Das Faß und die Keisen. Der kürzlich verstorbene Archäolog und Altphilologe Karl Robert in Halle war ein ebenso geistvoller wie humoristischer Herr. Bei seinen Schülern hatte er den Spitznamen „das Faß“. Als er eines Tages, so erzählt ein ehemaliger Hörer in der „N. Ztg.“, den Dörfel betrat, traf einer der Studenten seinen Kommilitonen zu: „Achtung, das Faß kommt!“ Alle erstarren, denn sie merken sogleich, daß Robert die Partie gehört hat. „Journalen Geschick betrat er das Faßbein und sagte, mit kaum gebämpfter Stimme: „Meine Herren! Was hat mich das Faß gemacht! Aber nicht wegen des Spitznamens sehen Sie mich so ernst. Mich empört bei dieser Bezeichnung nur die völlig mangelnde Beobachtungsgabe, die ich bei Ihnen, die sich Archäologen nennen wollen, erwarte.“ Ein Faß ist von Keisen umgeben. Sie aber haben mich soeben darüber belehrt, daß ich von Urkeisen umgeben bin!“

Diese seien nach Ansicht der Vereinigten Staaten vom Bieder aufbau nicht zu trennen. Die amerikanische Regierung habe es anstreben für rasch gehalten, ihren sehr bestimmten Ansichten in diesen Fragen einen positiveren Ausdruck zu geben.

Völlige Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus dem Rheinlande?

London, 14. März. Die Westminster Gazette sieht in der amerikanischen Forderung auf Erhaltung der Besatzungskosten ein Mandat, um den Rückzug aller amerikanischen Truppen aus dem Rheinlande zu beschleunigen oder beschleunigen zu können.

Tschischerin warnt Polen

Moskau, 13. März. Der sowjetrussische Volkskommissar für äußere Angelegenheiten, Tschischerin, hat an die polnische Regierung in der Angelegenheit der weißgardistischen Organisationen in Polen eine Note gerichtet, die alle bisherigen angeschlossen. Zahlreiche Freiwillige sollen diesem Kommissar angeschlossen. Zahlreiche Freiwillige sollen diesem Kommissar angeschlossen. Zahlreiche Freiwillige sollen diesem Kommissar angeschlossen.

Revolten im Hungergebiet

Moskau, 14. März. Im Tambower Gouvernemen, das zum Hungergebiet gehört, ist es zu ersten antikomunistischen Aufständen der Bauern gekommen. Der Kosaken Anführer Antonow hat die Bauern aufgefordert, sich seinen Ueberzeugungen im Kampf gegen die Kommunisten anzuschließen. Zahlreiche Freiwillige sollen diesem Kommissar angeschlossen. Zahlreiche Freiwillige sollen diesem Kommissar angeschlossen.

Deutsches Reich

Erfolgreiche Revision im Wyneck-Prozess

Das Reichsgericht beschäftigte sich mit dem Falle des Nejurypädagogen Dr. Gustav Wyneck, der am 30. August 1921 vom Landgericht Kassel wegen Stillschließungsverbrechen in zwei Fällen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war. Auf seine Revision hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück, weil vor Verurteilung des Beschuldigten ein Ausschluß der Öffentlichkeit und auch während der Verurteilung der Öffentlichkeit der Angeklagte und sein Verteidiger gar nicht gehört worden sind.

Die Aufhebung des Steckbriefes gegen Ruge

Dem Berliner Tageblatt wird aus Breslau gemeldet: Die Aufhebung des gegen den Seidelberger Privatdozenten Dr. Ruge erlassenen Steckbriefes bedarf noch Aufhebung der hiesigen unterrichteten Anzeile unbedingt einer weiteren Aufforderung. Dr. Ruge war beschuldigt, in Schlesien und Angoländer des deutschen Schriftstellers, insbesondere des Kreislers Oberland, eine rechtsunpatriotische Verschwörung und politische Propaganda vorzubereiten zu haben, die die Sicherheit des Reiches gefährdeten. Weiter müßte, wie wir schon gemeldet haben, die rechtzeitige Verhaftung des ganzen Verschwörers auf Befehl Die laun infolge des Verlangens der mit der Sache verbundenen Polizeibehörde. Einer der wichtigsten Verdächtigen war Dr. Ruge, der untergeordnetweise die stärksten Verdachtsmomente lang darauf von Untersuchungsrichter freigelassen wurde. Natürlich gelang es dann nicht mehr, seiner habhaft zu werden. Es wäre sehr erwünscht, wenn der Preussener Staatsanwalt die Weisung bekannt geben würde, die jetzt zu einer Aufhebung des Steckbriefes geführt haben.

„Regelung“ eines obereschlesischen Zwischenfalles

Die Rote der deutschen Regierung an die Interalliierte Kommission in Appeln in Sachen des umstrittenen Grenzgebietes Westmehres Hagenberg ist, wie die P. V. K. von zünftiger Seite erfahren, von der Interalliierten Kommission und ebenso vom Volschafferrat, dem die Angelegenheit auch unterbreitet wurde, in abschließender Einmütigkeit bewilligt worden. Interalliierte Kommission und Volschafferrat haben sich auf den rein formalen Rechtsstandpunkt gestellt, daß die Interalliierte Kommission allein verantwortlich ist für die Erledigung dieses Zwischenfalles, die der Zuständigkeit des Reiches nicht unterfällt. Es seien bereits Vorbereitungen getroffen, um eine Entschädigung an die Hinterbliebenen des Wademeisters zur Auszahlung zu bringen.

Wischer hat man für jeden Zwischenfall, der sich im Bereich der Interalliierten Kommission in Appeln ereignet hat und an dem Reichsgebiet aktiv beteiligt waren, immer sofort die deutsche Regierung verantwortlich zu machen gesucht, jetzt, wo ein Deutscher auf der Strecke geblieben ist, gilt das formale Recht.

Aus aller Welt

Mordtat eines Geisteskranken

München, 13. März. In Waischenburg am Inn hat der geisteskrante Rekonstruktionsmeister Johannes Gries in einem Wohnhaus an seine beiden Hausfrauen Dr. Müller ermordet.

Reflexexplosion in den Höchster Farbwerken

Höchst a. M., 13. März. In den Höchster Farbwerken explodierte gestern nachmittags ein Essigsäurefessel. Zwei Arbeiter wurden getötet und ein dritter schwer verletzt. Ueber die Ursache ist nichts bekannt.

Eine Silbergrube

Wie die Wälder aus Frankreich melden, ist das Zowich Friedrichshof bei Aronberg, das von der Kaiserin Elisabeth bis zu ihrem Tode demontiert wurde, von Eisenbergern heimlich gesucht worden. Den Wäldern seien Silberfaden im Werte von mehreren Millionen Mark in die Hände. Einer der Täter konnte verhaftet werden.

Neueste Telegramme

Die Verhandlungen über die Arbeiterlöhne

Berlin, 14. März. Der Sozialdemokratische Reichstagskommissioner und Spitzenorganisationen sind nach nicht zum Abschluß gekommen. Von der Regierung wurde eine Zusammenkunft an die Verhandlungskommission der Spitzenverbände übergeben, die die Stundenlöhne der über 24 Jahre alten Arbeiter erhöhen will um 2,00 M. in Lohngruppe 1, 2,50 M. in Lohngruppe 2, 2,70 M. in Lohngruppe 3, 2,90 M. in Lohngruppe 4, 2,50 M. in Lohngruppe 5, 2,40 M. in Lohngruppe 6, 2,30 M. in Lohngruppe 7. In Ostelasse B fallen die Mehrbeträge sich abtastend zwischen 2,50 M. und 2,90 M. in Ostelasse C zwischen 2,40 M. und 2,10 M. in Ostelasse D zwischen 2,00 M. und 2 M. in Ostelasse E zwischen 1,50 M. und 1,00 M. Eine Verständigung konnte bisher

nicht herbeigeführt werden, weil die bei Annahme dieser Einstellung einsetzende Spannung den Gewerkschaftsvertretern zu groß erscheint. Außerdem ist auch die Zulage selbst nach Meinung der Verhandlungskommission noch zu niedrig. Durch die Finanzrechnung der den Beamten gewährten Kräftezulage müssen sich die Löhne noch um 40 Pf. je Stunde erhöhen. Die Beratungen zwischen Regierung und Verhandlungskommission der Gewerkschaften wurden heute um 12 Uhr wieder aufgenommen. Die Regelung der Angelegenheit wird in nächster Woche im Hinblick auf die Beamten entschieden. Ueber die näheren Einzelheiten wird noch verhandelt werden.

Die kommunistische Gewerkschafts-Internationale in Deutschland

Eigene Drahtmeldung
Moskau, 14. März. Das Exekutivkomitee der russischen Gewerkschafts-Internationale hat den Beschluß gefaßt, den nächsten internationalen kommunistischen Gewerkschaftskongress in Deutschland abzuhalten.

Der amerikanische Beobachter

Eigene Drahtmeldung
London, 14. März. Nach dem Daily Telegraph in es gut treffend, daß J. A. T. Vandenberg, der bekannte Weltreiseführer und frühere Präsident der National Citizens, als inoffizieller Beobachter Amerikas an der Konferenz von Genua teilnehmen wird. Es soll Ende dieser Woche bereits in London eintreffen.

Ein neuer Reparationsplan

Paris, 14. März. Chicago Tribune veröffentlicht den von einigen Tagen erwiderten neuen englisch-italienischen Reparationsplan. Demnach wird die deutsche Schuld in zwei Arten geteilt: einen ersten Teil, der als zukünftige Schuld angesehen ist. Dieser entspricht dem Betrage der abstrakten Kriegsschulden. Der zweite Teil, der Deutschland zur Last fällt, und dessen Begleichung baldmöglichst erfolgen soll, ist die Wiederzahlung der Chicagoer Goldmark. Dieser wird die Hälfte der letzten Zahlung von der Chicagoer Goldmark mit 40 Milliarden Goldmark angefallen, deren Begleichung wie folgt erfolgen soll: 10 Milliarden Goldmark in Gold, 30 Milliarden Goldmark in Zahlungslieferungen. Die 10 Milliarden Goldmark sollen innerhalb 3 Jahren durch eine internationale Anleihe aufgebracht werden. Die laufende Schuld von 45 Milliarden Goldmark soll nur auf Verlangen der Gläubiger beglichen werden.

Lord Curjons Rücktrittsabsichten

London, 14. März. Der Parlamentsberichterstatter der Daily News schreibt, gestern seien Gerüchte im Umlauf gewesen, daß Lord Curjon die Absicht habe, aus Gesundheitsrücksichten zurückzutreten. Von Lord Curjon selbst wurde keine Erklärung abgegeben, er werde für den Augenblick noch im Amte bleiben, damit sein Rücktritt nicht als Folge des Streiks, der um den Rücktritt Curjons entstanden sei, angesehen werde. Sobald dieser Streik jedoch endgültig erledigt sei, werde Lord Curjon die erste Gelegenheit ergreifen, um zurückzutreten, da er der Ansicht sei, daß seine Gesundheit den Anforderungen des Amtes nicht mehr genügen könne.

Poincaré geht nicht nach Genua

Paris, 14. März. Chicago Tribune meldet: Der Ministerpräsident Poincaré habe infolge des Entschlusses der Vereinigten Staaten, nicht an der Genueser Konferenz teilzunehmen, endgültig beschlossen, nicht persönlich an der Konferenz teilzunehmen.

Die Kämpfe in Südafrika

London, 14. März. Wie aus Johannesburg gemeldet wird, ist seit Sonntag früh im Randbeere eine große Schlacht zwischen südafrikanischen Buren und Engländern ausgebrochen. Die Buren sind im Besitz der Anstalten der Buren, die in der Gegend von Johannesburg und in der Gegend von Durban im Besitz der Buren sind. Die Buren sind im Besitz der Anstalten der Buren, die in der Gegend von Johannesburg und in der Gegend von Durban im Besitz der Buren sind.

Präsident. 13. März. Das Reichskommando, daß die Eisenbahnen zwischen Berlin und Potsdam mit Dynamit gesprengt wurde, wurde in einer benachbarten Wohnung festgesetzt und nun von einem Flugzeug mit Bomben beworfen. Die meisten Bomben, die die Drahtgrube bewachten, wurden erlödet, nachdem sie sich den Revolutionären ergeben hatten. Die Streikenden gehen in dieser Gegend mit unglaublicher Heftigkeit vor.

Letzte lokale Nachrichten

Kochkunstausstellung

Die Vorbereitungen zur Kochkunstausstellung sind so weit beendet, daß mit dem Aufbau und der Einrichtung der Säle und Ausstellungsgelände begonnen werden konnte. Die Veranstaltung ist noch in den letzten Tagen erwartet worden. Man wird auf allen Gebieten der Kochkunst und der verbundenen Gebiete gewerblicher und industrieller Art einen erheblichen Überblick gewinnen. Die Bestände enthält der Katalog, der am Mittwoch ausgeben wird. Zusammen mit der Ausstellung werden auch verschiedene Kunstwerke und zahlreiche Zeichnungen beim Architekturbüro eingeleitet. Die Ausstellung wird am Mittwoch mit einer Feier für geladene Damen und Herren eröffnet und um 12 Uhr allmählich geschlossen sein.

Devisenkurse

Währung	Einheit	14. 3.		13. 3.	
		Geld	Preis	Geld	Preis
Holland	100 Gulden	1028,7	1031,0	986,10	986,00
Dänemark	100 Kronen	5784,20	5785,90	5484,50	5500,00
Schweden	100 Kronen	7052,90	7067,10	6818,15	6831,00
Norwegen	100 Kronen	4705,25	4710,76	4595,40	4604,00
Schweden	10000 Mark	569,40	570,80	536,45	537,75
Schweiz	100 Franc	5919,65	5920,25	5104,55	5115,15
Wien (Oesterreich)	100 Kronen	3,38	3,42	3,48	3,52
Ungarn	100 Kronen	406,50	408,20	420,60	421,00
Polen	100 Kronen	39,26	34,04	32,48	32,24
Spanien	100 Peseten	4230,75	4229,25	4105,85	4114,15
Brasilien	100 Reales	3212,75	3217,25	3180,00	3184,76
Italien	100 Lire	1323,45	1329,35	1300,85	1306,85
London	1 Pfund Sterling	1178,50	1191,20	1148,85	1146,75
Paris	1 Dollar	274,72	275,28	268,26	268,77
Berlin	100 Franc	2392,00	2397,40	2312,65	2317,85
Buenos Aires	1 Peso	07,40	07,60	04,90	05,00

Devisenhäufte

Eigene Drahtmeldung
Berlin, 14. März. Die Hausse am Berliner Devisenmarkt nahm heute einen stürmischen Charakter an. Die Umsätze sind ungewöhnlich hoch. Besonders tritt die Industrie als Käufer auf, die ihre Rohstoffversorgung auf Monatsbasis sichern zu müssen sucht. Es kommen besonders diejenigen Gewerkschaften in Betracht, die auf der Leipziger Messe große Aufträge erwischen haben, wie z. B. alle Teile des Textilgewerbes und der Metallindustrie. Der Dollarkurs hat um die Mittagsstunde bereits einen Anstieg um 274 erreicht. Auch am Effektenmarkt geht die Aufwärtsbewegung weiter, jedoch hält die Geldmarkt nicht immer an. Auch diese Erhöhung steht mit der allgemeinen Erhöhung des Preisniveaus und dem hierer Kapitalbedarf der Industrie im Zusammenhang.

Wasserstände der Moldau, Elbe, Eger und Oberrhein

Ort	Wasserstand	12. 3.		13. 3.	
		Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
Moldau	Wasserstand	Null	- 4	Frankfurt	+148
Elbe	Wasserstand	+ 37	+ 21	Melnik	+128
Eger	Wasserstand	+ 60	+ 50	Reichenau	+124
Oberrhein	Wasserstand	+ 87	+ 80	Ruffing	+168
	Wasserstand	+ 12	+ 2	Worms	+ 4

Die Amtsblattfrage

Vom Genossen B. L. H. erhalten wir zu dieser Angelegenheit noch folgende Zuschrift:

Ministerpräsident Genosse Breda hat auf meinen Artikel in der Nummer vom 9. März in längeren Ausführungen geantwortet. Bedauerlicherweise erwiderte diese Ausführungen den Anschein, als ob ich die Amtsblattfrage nur deshalb aufgeworfen hätte, weil der freiberger Volksrat, der ich als Schriftleiter angehöre, der amtliche Charakter entzogen worden ist.

So will verstanden, auf alle Ausführungen des Genossen Breda zugehen, zumal die Frage in den nächsten Tagen vor einem geordneten Parteiforum als es die Landtagsfraktion ist, zur Verhandlung steht. Festgestellt sei dagegen, daß die Amtsblattfrage zuerst auf einer Bezirkskonferenz, d. h. auf einer Konferenz der Reichsleiter unter Berücksichtigung der Fraktion durch diese Konferenz mit der Weiterbefragung beauftragt wurde.

Es ist richtig, daß ich hernach vom Genossen Breda aufgefordert wurde, Informationen einzuholen, und zwar bei dem Leiter der Staatskanzlei, Herrn Dr. Wöhme. Ich lehnte die Einholung solcher Informationen bei diesem Herrn ab aus Gründen die ich hier nicht näher erörtern will, die aber sachlich dadurch gerechtfertigt waren, daß uns das gesamte Material des Landtages und der Ausschüsse übergeben zum Studium vorlag. Nach Prüfung dieses Materials kam die Kommission zu dem Ergebnis, der Fraktion folgenden Antrag zu empfehlen: Die Regierung wird ersucht, alle geltenden die Amtsblattfrage betreffenden Verordnungen aufzuheben; sie wird ersucht, unter Vermeidung der Beschädigung der amtlichen Bekanntmachungen ihre Publikationsorgane zu bestimmen. Generellen und Bezirksverbände erennen ihre Publikationsorgane selbst.

In einer gemeinschaftlichen Sitzung der Fraktion und der parteiunabhängigen Minister wurde nach eingehendster Beratung dieser Antrag der Regierung, die ihm gleichfalls zustimmte, zur Durchsicht übergeben. Da aber trotzdem in der Frage nichts unterommen wurde, beschloß die Fraktion in Gegenwart der Minister erneut mit der Angelegenheit, um ebenso einmütig auf den nächsten Reichstagen zu verharren. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist die oben angeführte, demnachst stattfindende Konferenz. Es ist daher völlig richtig, die Frage zu einer solchen meiner persönlichen Interessen zu machen.

Was die weiteren Ausführungen des Genossen Breda betrifft, so stelle ich fest, daß es ein Spiel mit Worten ist, wenn Genosse Breda meine Behauptung, die sozialistische Presse sei mit einer einzigen Ausnahme des Amtsblattes entzerrt worden, als unwohl klingen läßt. Tatsache ist, daß bis zum Inkrafttreten der ministeriellen Verordnung in der Amtsblattfrage im April 1921 fast alle sozialdemokratischen Blätter amtliche Bekanntmachungen unter Beschränkung erhalten und daß mit Inkrafttreten dieser Verfügung, die bekanntlich vorsieht, daß nur ein Behördenorgan bestehen darf, fast allen sozialdemokratischen Blättern diese amtlichen Bekanntmachungen unter Beschränkung entzogen wurden.

Was die heftigen Beschuldigungen der Amtorgane anlangt, die statgefunden haben sollen, so entzieht es sich meiner Kenntnis, auf welchem Gebiete diese Beschuldigungen liegen. Bestimmen möchte ich mir noch einmal, daß im freiberger Bezirk, den nachprüflich ich in der Lage bin, in den bürgerlichen Behördenorganen keine Beschuldigungen statgefunden haben, daß dagegen das einzige sozialistische Behördenorgan als solches aufgefunden wurde. Alle Behauptungen stellen die Tatsache nicht aus der Welt, daß man neben dem offiziellen Amtorgan, dem freiberger Anzeiger, drei weitere Behördenorgane zugelassen hat.

Was den Pressebeirat betrifft, so stelle ich fest, daß er aus zwölf Personen besteht, wovon nicht zwei, wie ich irrtümlich angegeben, sondern drei Sozialdemokraten sind. Selbst wenn ich mich in der Zahl der sozialistischen Vertreter geirrt habe, so ist doch richtig, daß drei Viertel dieses Pressebeirates bürgerliche Herren sind. Zwar trifft zu, daß Genosse Breda als Leiter dieses Pressebeirates und Genosse Wöhme von der Staatskanzlei den sozialistischen Einfluß vermehren, aber ebenso richtig ist, daß Herr Dr. Wöhme von der Reichsrichterkammer sowie Herr Ministerialrat Schulze, die diesem Beirat gleichfalls angehören, ablehnen dürften, als Sozialdemokraten angesprochen zu werden.

Wenn Genosse Breda diesem Pressebeirat jeden Einfluß abspricht, dann sollte er ihn lieber gleich ganz aufheben und damit Zeit und Geld sparen. Daß dieser Pressebeirat aber eine wirkliche Bedeutung hat, geht auch aus der Genehmigung des Genossen Breda an jener Stelle hervor, wo er darauf bemerkt, daß die bestehende Regelung der Amtsblattfrage von diesem Pressebeirat im vorigen Jahre aufgegeben worden sei.

Wenn weiter auf die Lobung der Genossen Goldner, Geume und meiner Person zur Sitzung des Pressebeirates hingewiesen und damit der Anschein erweckt wird, als sollte mit dieser Lobung der sozialistische Einfluß vergrößert werden, dann sei betont, daß wir nur als „Gäste“ zu informativem Zweck geladen wurden und daß Genosse Breda diese Gastrolle offenbar als die eines nummenen Zuhörers auffaßt. Erst als ich ihm in dieser Sitzung erklärte, daß unter diesen Umständen die Verhandlungen für mich nicht das mindeste Interesse hätten, wurde mir die Teilnahme an der Aussprache gestattet. Daraus, daß der Pressebeirat im vorigen Jahre einmütig, also auch mit Zustimmung unserer Vertreter die bestehende Amtsblattregelung aufgegeben hat, kann man geteilt

Meinung sein, Tatsache jedoch ist, daß Partei und Fraktion heute einmütig eine andere Regelung verlangen.

Genosse Breda bemängelt dann das von mir gebrauchte Beispiel der drei Zeitungen eines Ortes. Ich bemerke dazu, daß es zur Zeit kein Behördenorgan einer größeren Stadt gibt, das nicht von den übrigen im Orte erscheinenden Zeitungen in deren Gesamtsatzung wesentlich überzogen und damit der vermeintlich demokratische Gedanke völlig beiseite geschoben wird.

Ueber die finanzielle Frage an dieser Stelle zu sprechen, ist möglich. Schließlich ist das, was in Baden durchgesetzt worden ist, auch noch in Sachsen möglich, namlich besonders im Hinblick auf die großen Dienste, die die Presse der Republik zu leisten imstande wäre. Eines zwar hat sowohl die Antwort des Genossen Breda als auch sein beständiges unterhändliches Verhalten in der Amtsblattfrage bewiesen, nämlich: daß ihm die Bedeutung der Presse für die Staatsform auch heute noch nicht bewußt geworden ist. Doch darüber wird, wie betont, die einigungs erwählte Konferenz, die dieses Wort zu sprechen haben. Es dahin dürfen wir uns beide bescheiden müssen.

Sächsische Angelegenheiten Eine Wachtprobe

Es ist schade, daß wir keine Statistik darüber haben, wieviele Dresdener Schüler in der Zeit, da der Frühjahrsurlaub noch staatlicher Feiertag war, aus innerem Bedürfnis zum Pforten-Bismarck-Gottesdienst gegangen sind. Viel sind jedenfalls nicht gewesen, und wenn die Superintendentur (im Amtsblatt!) und andere Schwärzlinge nicht so freundlich wären, die Schüler davon zu erinnern, daß es morgen Mittwoch eine glänzende Gelegenheit geben könnte, Unterricht zu schwänzen (der Abendgottesdienst kommt an diesem Tag in der Wahrheit trotzdem nicht in Betracht), würde es wahrscheinlich niemand einfallen, in dieser Zeit, nachdem gerade genug Unterricht ausgelassen ist, seine Kinder vom Unterricht fernzuhalten. So aber macht man aus der Sache eine Wachtprobe.

Die von der Kirche angeordnete Verordnung paßt auf diesen Fall selbstverständlich gar nicht; zum Vergleich kann man das bisherige Verhalten der Schule gegenüber den Katholiken und Juden herangezogen werden. Diese werden an ganz bestimmten, vom Ministerium festgestellten hohen Feiertagen auf Antrag der Eltern vom Unterricht befreit. Der sächsische Frühjahrsurlaub ist nicht zu einem solchen Tage seitens des Ministeriums erklärt worden. Folglich können die Lutheraner an diesem Tage nicht vom Unterricht befreit werden.

Das liegt so klar auf der Hand, daß es jeder einsehen kann, daß es nicht auf eine Demonstration ankommt, mit Ausnahme — des Ministeriums, besonders wenn der sozialistische Kultusminister frankheitsvoller nicht ins Amt kommen kann. Und so wird denn von seinem Stellvertreter auf geistliche Anträge hin verordnet, daß die Schüler zu beurlauben sind und für diesen Tag angeordnete Prüfungsarbeiten zu verschieben sind. Diese Anordnung löste selbst in strengen Verwandtschaften und Widerparten aus, die man als freundschaftlich bezeichnen kann, weil sie noch so vielen Störungen endlich einmal Ruhe in der Schule haben wollen und der Meinung sind, daß die der Kirche benötigten Schüler dieses Bedürfnis nicht gerade während des Vormittagsunterrichts erledigen müssen. Doch was kümmert die Kirche das Wohl der Schule? Die Hauptsache ist, daß sie ihre Wachtprobe gehabt und bestanden hat mit Hilfe der staatlichen Organe.

Welche Konsequenzen die Katholiken, jüdischen und vielleicht auch einmal die nicht kirchlich organisierten Eltern aus diesen Entgegenkommen des Staates gegenüber den Lutheranern an einem nur sächsischen Feiertag ziehen dürfen werden, steht auf einem andern Blatt. Hoffentlich zieht der Minister nach seiner Behandlung zunächst einmal die Konsequenz, daß gewisse Rechte der Lutheraner (Religionsunterricht auf Kosten aller Steuerzahler u. dergl.) diesen gründlich beschritten werden und den streitlustigen Gottesmännern (sie haben ja als Nachfolger Christi, des Predigers der Liebe, der Arie und Gewalt immer eine besondere Neigung gezeigt) für gemacht wird, daß wenigstens in Sachsen der einende Staat höher steht als die spaltende Kirche.

Graf Bismarck und Kottig-Wallwitz

Von dem gegenwärtigen Bauherrn Kreisbauplatzmann von Kottig-Wallwitz hatte Minister Lipinski in seiner Landtagsrede über die Adels- und Kleinrentenreform in der Beamtenschaft behauptet, daß er als Personaldezernent einer der Hauptträger des früher bei der Belegung von höheren Beamtstellen angewandten Systems gewesen sei. Nachdem sich schon vor einigen Tagen Herr v. Kottig-Wallwitz selbst gegen diese Anschuldigung in einem an das Ministerium des Innern und an das Landtagspräsidium gerichteten Brief

gewendet hatte, ist ihm jetzt in dem stärkeeren sächsischen Minister des Innern, Grafen Bismarck von Eckardt, noch ein solcher erwidert. Dieser hat an den Bauherrn Kreisbauplatzmann ein Schreiben gerichtet, worin er ihm gegen die Angriffe des Ministers in Schutz zu nehmen versucht. Es heißt in dem Briefe, Graf Bismarck v. Eckardt habe sich während der Zeit, wo er Minister war, stets in Uebereinstimmung mit seinen Referenten v. Kottig-Wallwitz an dem Grundgesetz gehalten, sich bei allen Beförderungen und Ernennungen nur von der Tüchtigkeit der betreffenden Persönlichkeit bestimmen zu lassen. Er müsse daher die Ausführungen des Ministers Lipinski als eine dreiste Entstellung der Tatsache bezeichnen.

Es wird die Aufgabe des Ministeriums des Innern sein, festzustellen, wie weit die Angaben des Herrn Bismarck v. Eckardt richtig sind.

Herr v. Kottig-Wallwitz hat ja wegen der Anschuldigungen Lipinski's auch gegen sich ein Disziplinarverfahren beantragt. Uns scheint, daß dieses Disziplinarverfahren nur geeignet ist, die Sache zu vergrämen. Herr v. Kottig-Wallwitz war zur Zeit Friedrich Augusts Personaldezernent und er wird vielleicht bei dem Disziplinarverfahren nachweisen können, daß er durchaus im Sinne seines Königs und seiner Vorgesetzten gehandelt hat; daß er nur das getan hat, was von ihm als Personaldezernent einer königlichen Regierung verlangt wurde. Der alte Staat war eben durch und durch ein Absolutat und es entsprach seinem ganzen Charakter, daß die leitenden Beamten den herrschenden und bevorzugten Wünschen entgegenkommen mußten. Es ist mir die Frage, ob ein Mann, der diesem System in der Weise geblieben hat, wie das Lipinski von Herrn v. Kottig-Wallwitz behauptete, geeignet ist, einen leitenden Posten in einer demokratischen Republik zu bekleiden, eine Frage, die wir entschieden verneinen müssen.

Vom Landtage

Der jährliche Landtag wird voraussichtlich am 9. April in die Carterferien gehen. Wahrscheinlich wird in den letzten beiden Wochen vor den Ferien mehr als eine Sitzung wesentlich abgehalten werden, um die Erörterung möglichst zu fördern. Die erste Sitzung nach den Carterferien wird wahrscheinlich am 20. April stattfinden.

Die Landtagsordnung für die 100. Sitzung des Landtages, am 16. März, 11 Uhr, enthält folgende Punkte: Bericht des Untersuchungs-ausschusses wegen der Landesfinden-anstalt Chemnitz-Altendorf; Gesuchwürde über die Strafbehörden der Gemeindeverbände usw. und über die Wirtschaftsberechtigten an Beamte; Sanitätskapitel betreffend Braunkohlewerke in Leipzig und Stadtbehörden der Braunkohlewerke, Müllwerke bei Freiberg und Stadtbehörden der Müllwerke, Gesundheitsamt und Staatsanwaltschaft, Landkommunalbehörden, Arbeitsministerium, Mollen des staatlichen Zwangsverwaltung der Suburbaner stoffwerke, anteilige Kosten aus einer Stellung sächsischen Braunkohlewerke, sächsischen und andere gewerbliche Schulen, Landwirt-schaftliche und Handelsschulen, Bekämpfung der Rinderpest, Landesverordnungen, Gewerbe- und Gewerkschaftsrecht, Gewerben; kommunalwirtschaftliche Angelegenheiten auf Straßen und Plätzen; deutungsnationale Aufträge wegen der Ruhestandsbezüge der Pensionäre.

Die verordnete, hat die sächsische Regierung entgegen anderlautenden Mitteilungen schon vor geraumer Zeit beschloßen, den Gehehrtung über die Errichtung eines Landeswirtschaftsrates für Sachsen dem Landtag noch nicht vorzulegen, sondern zurückzustellen, bis sich die nötige Errichtung von Bezirkswirtschaftsräten gestalten wird.

Erkrankung des Kultusministers

Der sächsische Staatszeitung vom 13. März, meidet: Der Kultusminister Plehn er ist erkrankt und wird einige Zeit dem Dienste fernbleiben müssen. Er wird durch den Ministerpräsidenten vertreten.

Der Leipziger Zwischenfall

Leipzig, 11. März. In dem Fall des französischen Konsulatssekretärs in Leipzig liegt heute folgende amtliche Darstellung vor: Erörterungen haben ergeben, daß der Vorfall sich nicht in der Stunde zwischen 10 und 11 Uhr, sondern früh zwischen 2 und 3 Uhr ereignete, und daß der Konsulatssekretär nicht allein nach Hause ging, sondern nachdem er in Begleitung der Tochter seiner Witze mehrere Lokale besucht hatte, sich mit dieser auf dem Heimwege befand. Bei dieser Gelegenheit haben sich dann Männer wegen der Dame mit mehreren anderen Herren Differenzen ergeben, die dazu führten, daß der Sekretär vor seiner Wohnung mit dem einen

halten des Herrn gewinnen. Eine franke Einbildung wohl.

Die Räube sind sordid gewesen. Da konnte der Herr mit dem Gemach auf und ob und zielte gegen die Fenster. Dann hatte er wirklich nach den Augen des Zuhörers im Reich nachdrücklich, für die im widergelegte Richter gefaßt. Zuletzt ist bei ihm das Nervenfieber ausgebrochen und da gab es bald seine Hilfe mehr. Gestern abends ist er gestorben.

Die Mutter sprach noch von der eigenen Sorge, ob man den Nüttenbetrieb aufrechterhalten oder einstellen sollte. Dann würden sie aber brotlos sein und er könne die Straße nicht mehr besuchen.

Die beiden sahen noch bei der Lampe und redeten leise, als läge der Tote nebenan in der Stube, stark empfunden freudig, wie die Mutter ihn schon für verständiger, reifer hielt und wie aus ihren Worten das Bestreben folgte, sich seiner immer mehr gegen etwas zu verschließen, das sie kommen sah, aber doch erachte. Mit zitternder Freude sah er manche Hilfe von der Seite der Frauen sinken und ihr Inneres noch reiner vor sein Auge treten.

Als er sein gewohntes Bett aufsuchte, war er noch so in die Atmosphäre von Treue gehüllt, die von der Mutter ausgeht, daß auch die Nichtigkeiten auf sie hinwirkten. Aus dem Lager stieg der Rindenduft ihrer Schürze und schmeichelte die gültigen Hüfte herbei, und das Singen im Ohr nahm den Klang der lieben Stimme an, die ihm vorhin so lind eingeklungen war. Und eben er nahm das allen Herrn und der Wohlthätigkeit der Zukunft gedenken konnte, war er schon entfallen.

Die Wädhheit ließ ihn eine tiefe Ruhe finden; nur aus seinem Morgenraum löste sich ein flüchtiges Bild. Die Gemut war ungenutz von einem Regenbogenstreife. Da kam jener Traumraum irredend und blieb demor-jeten. Trotz der Entfernung sah man in seinen Augen die große Sehnsucht, hereinzukommen; aber Karl konnte ihm den Kreis nicht öffnen, weil seine Glieder unbeweglich waren. Da wandte sich der Mann traurig ab und schritt in ein Zwischens hinein, aus dem die Sterne schimmerten.

Dann zerflatterte der Traum wieder. (Fortsetzung folgt.)

Hüttenheimat

Ein Roman aus dem Bergebirge von Gustav Leuteit

Noch immer kamen Leute in die Schusterwohnung und führten aufgeregte Reden. Jetzt kannte ihnen auch Karl Bouchung und nodur glänzend auf sein Herz, was diese Männer aus dem Traumland des sozialistischen Zukunftsstaates vor ihm emporhoben. Den leisen Unterton von der Macht, die der arme Arbeiter in jenen glückseligen Zeiten zu erlangen hoffte, überhörte er noch.

Sein Verkehr mit dem Freunde wurde ganz. Er war schon in den Ferienmonaten allein gewesen, da Emanuel diese Zeit bei Verwandten zugebracht hatte. Jetzt zog den eine jener geheimen Schusterbindungen an sich, die an Mittelstufen abeilen. Ineinfahrt in die Umgebung, Heidehunden und Schmutzspäne hinter Backstein nötigten ihm die freien Stunden ab, so daß er nicht mehr in der Schusterwohnung einkehrte.

Und diese Leute, unter denen der Freund so lebte, gingen dem Höflichkeit überhaupte an die Kerne. Wirklich, es war wunderbar, wie Karl das aushalten konnte.

Emanuel stand im Naturaltatsjahr und sollte an die Hochschule kommen; da waren ihm die Folgen eines Streiks, aber aus dieser Bahn. Einer jener freien Schülerweise, die aller geistlichen Ordnung ein Schnippchen schlagen mochten, war auf dem Heimwege an einem Wanderer verstrickt worden. Emanuel hatte die Tat nicht begangen; aber er war gefaßt worden, und da der Angewalt zu den höheren Beamten gehörte, so wurde der Ginder des absprechenden Beweils wegen aus der Anstalt gestofen.

Karl trauerte über den Verlust des Arcundes, der seiner Heimat den Rücken kehrte. Und dies Unglück blieb nicht einmal allein.

Von dem Heim-Kerker herab kramte Lereis das Winterweib; doch in der Stadt verkannte die reinlichen Schneeflocken noch im Schmutz der Gasse. Als Karl aus dieser Trübsal von Not und Leid heimkehrte, wartete auf ihn bereits ein Brief der Mutter, der ihn tief erschütterte.

Ein großes Unglück. — Herr Wandler gestorben. — Karl sollte Urlaub nehmen und kommen.

Der nötige Pittgang war rasch getan und starr auf dem Wege nach den Bergen. Er stieg so in Gedanken hinein, daß er auf seine Umgebung nicht achtete. Als er schon in der Schogerregion ging, fiel ihm erit auf, daß er seine Schritte laut hörte. Die Wälder rauschten nicht mehr, weil in den Pflanzungen diese Schneefelder lagen, und die Tonlosigkeit, die auch kein Vogelruf hörte, bedrückte den jungen Wanderer. Da vernahm er ein heimlichliches Quächeln unter der Winterdecke, wie eine Erleichterung und stappte mehrmals dorthin, doch, ohne, als wollte er dem mutigen Wäfflein antworten.

Die Stadt lag in Düsternis hinter ihm. Aus dunklen, argen Wälfen schleppte ein Blodengestöber ums andre lange, silberfarbene Föhnen über sie hin. Wie die Lürme und Tod-reitern wackelnd verfahren und wieder ausliefen, wußte er ein Grüßen nach bekannten Klängen hin anbeben; aber die Heimat im Rücken zog trotz Tod und Bangnis höher. Da wendete er sich wieder den bekanneten Waldbergen zu, deren Hänge heute geisterhaft bleich auf ihn herabschauten, während ein wolkenschhaft leichtes Schimmern der hohen Gipfel über ihnen war. Je bekannter die Dinge wurden, die sich ihm an den Weg stellten, desto mehr eilte er, um noch der Heimat näherzukommen zu erreichen, und so kam er trotz der Kälte selbst in Christophsst an.

Der Vater hielt im Herrenhauze Totenwache, da die Witwe sich vor der Nähe des Reichmans fürchtete. Die Mutter aber nahm den demföhrenden lange an ihr Herz, ehe sie lagte:

„Du wolltest, du kämest frühlicher beim! Nun, wie Gott will, so wird es mit uns geschehen.“

Es war, als bewachte die Mutter sich nicht wie sonst, so offen sprach sie über das Vorgeschehene.

Karl hörte, wie der arme Herr je länger, je verörter geworden sei und große Furchen vor einem Zipfener hatte, der kammer, und sich an ihm rücken werde. Und auf den Vater habe er zuletzt einen merklichen Saß gewonnen, so daß er nicht mehr vor ihm kommen dürfte und der Verkehr nur durch Briefe hin und her ging.

Der Jüngling erinnerte sich des Gesprochenen an der Breitbunde; aber daraus konnte er keinen Schlüssel zum Ver-

Seite 4
auswärts
und
reise
offe
7 Uhr
11 Uhr
bild
hen
1
gegen-
schle,
30: 2-
elle
mare
1180
trik
2. 1.
ome
1-
e
10
40

in Rälligkeiten geraten ist. Man nimmt an, daß dieser Herr ein nordischer Ausländer war. Die Erörterungen sind noch nicht fallen gelassen. Jedemfalls kann aber mit Sicherheit gesagt werden, daß es sich bei dem Vorfall um eine Eierkuch-Äre handelt und daß der Konsulatssekretär nicht in einer Eigenschaft als Mitglied des französischen Generalkonsulats geschlagen worden ist.

Stadt-Chronik vom Schafrod

Es gibt Dinge in uns und um uns, die sich aus untrüglichen Fortschritten, ohne daß wir es gewahrt werden. Man denkt man sicherlich: Spah, der Krieg hat uns so manches abgezweigt, den erhaltenden Teil, den wir selbst, selbst die Stadtschönheit — aber das ist ein Kapitel für sich, das seines Chronikisten noch harret. Kein, Dinge, die uns erschütternd sind, die wir aber abgestreift, erledigt haben — So der Schafrod, Gemäß werden noch etliche würdige Herren sich an ihrem vorfrühergeleiteten (vielleicht genutzten) Schafrod erziehen, auch mögen etliche neue „gebaute“ werden, aber im allgemeinen... Die Zeit ist vorüber, wo der Poeta laureatus die Dier stimmte.

In der Goldenen 110 sind 10 000 Zehlfuß zu sein —

Und man sah sie wirklich angetilcht auf die Straße hinausdrängen, sofort „greifbar“. Heute sieht man in den Auslagen keine — für das Alter von dreißig Jahren eine unbedingte Notwendigkeit — und Sportformen, gewissermaßen der Gegenpol von Schafrod. Selbst Männer im reiferen Alter wideln sich Gemütschancen und zeigen trotz den Nachwehen der Kriegszeit stramme Waden. Vielleicht ändert sich der Geschmack wieder später — aber augenblicklich ist der knapp gehaltene Anzug der für die Jugendentwicklung kaum Platz bietet, Ehrenkleid.

Wenn das kurze Gesicht die auch noch nicht auf dem Standpunkt des Schwachsichters steht, das „oben nichts und unten nichts“ für die Winterzeit angemessen hält, so ist es doch in erfreulicher Weise demüht, das alte Vorurteil von dem Wohlstand der Deutschen zu befechtigen, und deshalb wird der Schafrod ad acta gelegt oder von der in die Jahre kommenden Generation nicht mehr angedacht.

Die Presse und die Jahreschau

Auf Einladung des Verwaltungsrats der Jahreschau Deutscher Arbeit trat am Sonnabend eine Anzahl Vertreter der Dresdner und der auswärtigen Presse im Verwaltungsgelände der Ausstellung zusammen, um einen Überblick über den Stand der Vorbereitungen für die diesjährige Jahreschau zu erhalten, an der seit Monaten in den verschiedenen Ausschüssen mit Eifer und Erfolg gewirkt wird.

Die Jahreschau Deutscher Arbeit soll bekanntlich keine Verkaufsausstellung im Sinne der Leipziger Messe sein, sondern eine alljährlich ein anderes Industriegebiet zur Geltung bringende Darstellung des Besten, was die deutsche Warenherstellung an Gebrauchsgegenständen und Kunstwerken hervorbringen vermag. Dadurch sollen diese alljährlichen Ausstellungen veranlaßt auf den Geschmack der Warenverbraucher und während auf die industrielle Warenherstellung sowie auf den inneren Wert der Erzeugnisse in Stoff und Form sein.

Die diesjährige erste Jahreschau, die vom 1. Juni bis zum 15. September den städtischen Ausstellungspalast füllt wird, soll hochwertige Erzeugnisse aus der Glas- und aus der keramischen Industrie zur Ausstellung bringen. Es ist erfreulich, daß der Gedanke in den Kreisen der Glaszeughersteller, der Porzellanfabrikanten und der Hersteller aller anderen Arten von Keramik Anklang und Zustimmung gefunden hat, so daß die Ausstellung umfassend und außerordentlich wertvoll zu werden verspricht. Die einzelnen Hallen werden von hervorragenden „Schrittleisten“ raumfüllend ausgestattet werden, um so den zur Schau gebrachten Gegenständen auch einen würdigen und geschmackvollen Rahmen zu geben. Tägliche Konzerte des gesamten Philharmonischen Orchesters und ein Veranstaltungsfest sollen zur Unterhaltung und Belebung beitragen.

Im nächsten Jahre soll Deutsches Spielzeug und Bedarf des Kindes ausgestellt werden. Auch für diese zweite Jahreschau sind die Vorbereitungen bereits im Gange, und es kann schon heute gesagt werden, daß sie ein innerem Wert und äußerer Aufmachung hinter der unmittelbar bevorstehenden ersten Jahreschau Deutsche Erden (Porzellan, Keramik, Glas) nicht zurückbleiben wird.

Die Jahreschau Deutscher Arbeit erzieht sich der besten Förderung durch die Stadt Dresden und durch den sächsischen Staat. Das kam auch in der Rede zum Ausdruck, die der Staatsminister, Oberminister Michael, an die Pressevertreter hielt. Er führte u. a. aus:

„Die Regierung sieht in der Jahreschau ein bedeutsames Mittel zur Förderung der so nötigen Ausfuhr. Die Regierung fördert nach Kräften die Leipziger Messe als die deutsche Messe, erkennt aber daneben wie übrigens auch die Reichsregierung die Erziehungsbereitschaft der Jahreschau Dresden an. Die Leipziger Messe wandelt sich ausschließlich an der Fachmann, den Großhändler; für den Nichtkenner ist ein sehr reiches Werk über die Verkaufsfähigkeit einer einzelnen Industrie fast unanwendlich, auch wenn der kurze Zeit, in der sie sich darstellt. Die drei Monate dauernde Jahreschau Dresden bietet dagegen Gelegenheit zu besonderer Vertiefung auch durch den Nichtfachmann. Sie ist dadurch und durch ihren Grundgedanken der Qualität im Sinne, auf die weitesten Kreise dieses Volkes geschmackbildend zu wirken. Aber nicht soll in diesen das Bedürfnis werden, im Bedarfsfälle an Stelle des Kaufmannes zu der Ware zu werden, die einer wirklichen wirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Wertung bedürftig. Dieser soziale Gedanke ist es, der die Regierung dazu bestimmt hat, die Mittel für die Jahreschau in den Haushaltsplan einzuführen und beim Fortschreiten auszuführen. Die Regierung sieht in dem großen Unternehmen etwas Neues, eine Einrichtung, die geeignet ist, und kulturell und wirtschaftlich vorwärts zu bringen.“

Der Gedanke der Jahreschau fand bei den Pressevertretern ungetrübten Beifall. Sie haben die mannigfaltigen Anregungen für den weiteren Ausbau der Dresdner Ausstellungspalast und für die Verlebensmaßnahmen, die in Deutschland und im Ausland in die Wege geleitet worden sind. Es kann bestimmt damit geredet werden, daß die Jahreschau Deutscher Arbeit das wirtschaftliche Leben Dresdens durch die Bekanntmachung vieler Fremden stark beleben und durch ihre Weiterwirkung auf die deutsche Warenherzeugung und auf die Gebung ihrer Absatzmöglichkeiten im In- und Ausland der ganzen deutschen Volkswirtschaft zum Segen gereichen wird.

Zweiter Teil Maß bei Tanzerlaubnissen

Zu der Berichtigung des Polizeipräsidiums in Sachen des Regina-Palastes wird unterer Gewölbekammer vom Vorsitzenden der Ballweierorganisationen mitgeteilt, daß sich das Präsidium nach wie vor im Unrecht befindet. Es ist dabei und ist bereits Gegenstand einer heute in Berlin stattfindenden Vernehmung im Reichsministerium, daß der Dresdner Polizeipräsident dem Regina-Palast die Tanzerlaubnis in einer Form gegeben hat, die ihm erlaubt, auch an den

Tagen Straßenszenen zu lassen, für die die Erlaubnis nicht gilt und die ihm erlaubt, das Publikum zu täuschen. Der gerichtliche Sachverständige für die Dresdner Konzessionskassen nimmt an diesen Verhandlungen in Berlin teil und verbreitet dort dem Reichsminister einen energischen Protest gegen den Dresdner Polizeipräsidenten, weil dessen Verhalten gegenüber dem Regina-Palast, wie er unterem Gewölbekammer erklärte, in Deutschland bisher einzig dastehend sei.

Es ist besser nämlich nicht üblich gewesen, Kaffeehäusern Tanzerlaubnis zu geben. Bisher war die Vergabung zur Tanzerlaubnis geknüpft an das Vorhandensein eines Saales, der nur zu bestimmten Zeiten dem Tanz dienste. Dem Regina-Palast aber, der ein Kaffeehaus ist, wird für einige Wochenlang das Tanzen gestattet, das heißt, man macht aus dem Kaffeehaus für diese Tage einen „Tanzsaal“ und benutzte an den übrigen Tagen daselbst das Lokal wieder als Kaffeehaus, in dem dann ohne Erlaubnis getanzt wird. Dagegen werden sich und unser Stadtschönheit mit Recht, die Ballweierorganisationen. Wir werden von dem Ergebnis der Berliner Verhandlungen demnächst berichten.

Der Fall, wonach ein eingetragener Saalbesitzer wegen Uebersetzung der Tanzverhältnisse mit drei Tagen Haft bestraft worden ist, ist nicht in Dresden, sondern auswärts passiert. Aber er spielt gegenüber der Thematik, daß von auswärts herkommende Kapitalisten auffallend schnell Tanzerlaubnis bekommen und bei Uebersetzungen mit lächerlichen Geldstrafen belegt werden, keine erhebliche Rolle.

Der Nachmittagsunterricht der Handwerkslehrlinge

Eine Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung hat das sächsische Oberlandesgericht gefällt. Der Tischlermeister Jäger in Leipzig hatte im Mai 1921 seine sechs Lehrlinge wöchentlich 50% Stunden beschäftigt, also über die Spanne von je einmal acht Stunden hinaus. Er ist deshalb in erster und zweiter Instanz wegen Uebersetzung der Anordnung der Volksbeauftragten vom 23. November 1918 verurteilt worden. Der Angeklagte hat sich damit verteidigt, daß Lehrlinge überhaupt nicht unter die Anordnung fallen, auch habe er damals noch geglaubt, daß die Zeit des Fortbildungsaufschubs nachgeholt werden dürfe und endlich machte er geltend, die Lehrlinge hätten überhaupt nicht länger gearbeitet, sondern hätten nur aufgeräumt. Demgegenüber betont das Landgericht, daß selbstverständlich auch Lehrlinge den Schutz der Anordnung vom 23. November 1918 genießen, denn deren Zweck sei, die Arbeiter vor Ausbeutung durch den Unternehmer zu schützen, und was für die Erwachsenen gelte, sei erst recht für die Jugendlichen nötig. Allerdings sei in den Anordnungsbestimmungen zu lesen gewesen, daß der Fortbildungsaufschub nachgeholt werden dürfe. Auch in den Anordnungsbestimmungen sei darüber wiederholt gesprochen, aber später sei diese Stättierung als irrig widerrufen worden. Der Angeklagte wolle diese Verhältnisse nicht gelesen haben, jedenfalls sei er aber durch die Anordnungsbestimmungen unterrichtet gewesen. Selbst wenn der Angeklagte sich aber in einem Irrtum befunden haben sollte, so würde es sich um einen unbedingten Strafverstoß handeln. Die Nacharbeit der Fortbildungsaufschub würde den Schutz der Lehrlinge vor Ausbeutung durchläßern. Aufzumerkungswürdig ist die Erwähnung der Lehrlinge, also ebenfalls unrichtig. Wenn im Uebersetzungsvertrag etwas anderes bestimmt sei, stünde er soweit mit den gesetzlichen Bestimmungen in Widerspruch. Wenn der Angeklagte sagt, Aufzumerkungswürdig sei erst nach Uebersetzung der Arbeitszeit möglich, so müßte er eben die Lehrlinge später anfangen lassen und dafür die Arbeitszeit für sie hinaussetzen.

Auf die Revision des Angeklagten hat das Oberlandesgericht das angefochtene Urteil aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen. Ob der Angeklagte wirklich die Anordnung über den Nachmittagsunterricht habe, habe nicht einwandfrei sein. Die Nichtanerkennung der Fortbildungsaufschubzeit auf die Arbeitszeit sei weder aus dem Wortlaut der Anordnung zu ersehen, noch bestiehe ein innerer Zusammenhang zwischen beiden. Der Fortbildungsaufschubunterricht sei auf die öffentlich-rechtliche Schulpflicht aufgebaut, während die erwähnte Anordnung die Lehrlinge vor Ausbeutung schützen solle. Beides habe also nichts miteinander zu tun. Nicht festzustellen sei dagegen, wieviel Stunden der Fortbildungsaufschub in der 50% Stunden wöchentliche Arbeitszeit inbegriffen sind. Erst dann lasse sich er sagen, ob der Angeklagte sich einer Uebersetzung schuldig gemacht. Hinzu komme, ob im Uebersetzungsvertrag die Arbeitsstunden wirklich so eingetragen worden sind, wie die Lehrlinge tatsächlich beschäftigt wurden. Sei das nicht der Fall, dann habe der Angeklagte den Arbeitsplan verletzt und sei er dafür verantwortlich. Nach alledem bedürfe der Fall noch der weiteren Klärung.

Jahrespreiserhöhung für Schüler und Lehrlinge betreffend.

Die Olttern ablaufenden Berechnungsperiode zur Erlangung preisermäßigter Straßenbahnfahrkarten für Schüler und Lehrlinge müssen jetzt erneuert werden, wenn die Ermäßigung auch nach Olttern weiter in Anspruch genommen werden soll. Der Umtausch ist in alphabetischer Reihenfolge der Karteninhaber nach folgender Zeiteinteilung zu veranlassen: Buchstaben A, B, C, D am 16. März, E, F, G am 17. März, H, J am 18. März, K am 20. März, L, M am 21. März, N, O am 22. März, P, Q am 23. März, R am 24. März, S ohne Sch am 25. März, Sch am 27. März, St am 28. März, T, U, V am 29. März, W, Z am 30. März. Der Antrag auf Preisermäßigung des neuen Ausweises ist schriftlich in der Stelle im Alten Rathaus am Altmarkt, Eingang Schießstraße, 1. Stock, Zimmer 2/3, an den oben bezeichneten Tagen zu stellen. Lehrlinge haben mit der Berechnung des Lehrjahres auch den schriftlichen Preisvertrag, Schüler die neue Schulbescheinigung vorzulegen. Vorzüge für den Antrag sind vorher an obengenannter Stelle zu entnehmen. Zur geordneten Erledigung der Geschäfte ist dringend zu ersuchen, sich genau an die Zeiteinteilung zu halten. Die alten Berechnungsfahrkarten verlieren mit dem 31. März ihre Geltung.

Ueber hauswirtschaftlichen Unterricht sprach Oberlehrer Reiche an der Hand einer Ausstellung im Verband Sächsischer Gewerkschaften. Diese bestand hauptsächlich aus bildlichen Schülernarbeiten über die Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, Rechnungen und Ordnungen der Wirtschaft, Güterverteilung, Einkauf und -verkauf sowie die Theorie von Lohn, und Darstellungen ihrer Hauptthesen auf domänenwissenschaftlicher Grundlage nach Spann, aus Beispielen über die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im letzten Jahrhundert nach Böhm, unter ganz besonderer Hervorhebung der jüngsten Gewerkschaft und Monopolbildung nach Helmuth in ihrer weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, u. a. m. Der Vortragende zeigte, wie der Stoff veranschaulicht, die Mitarbeiter auf schriftliche Anträge und eine größere Halle an Stoff auf diese Weise an Stelle durch Velen und Vorträgen ausgenommen werden kann. Der Vortragende gab zum Schluß bekannt, daß diese Ausstellung (Dresdner Straße 12, 2. Stock) noch erweitert und eine dauernde werden wird, und erbat den Beifall der Anwesenden. — Die angeordnete Jahresausstellung in der Sächsischen Gewerkschaft Dresden findet nicht statt, die weiteren Ausstellungen werden jedoch wie angekündigt abgehalten. Sonnabend den 1. April, nachmittags 4.15 Uhr, findet in der IV. Hoch- und Fortbildungsschule, Dresden-N., Melanchthonstraße, ein Lichtbildvortrag des Obergenerators Vohlens statt über: Sparame Wärme wirtschaftlich in Haushalt und Schule. Im Anschluß wird die Zentralheizung und die Lüftungsanlage dieses Gebäudes besichtigt. Da diese zeitgemäßen Darstellungen viel Aufregendes versprechen, sind auch Damen herzlich eingeladen.

Reisekosten Dresden-Breslau. Die Eisenbahndirektion Breslau macht bekannt, daß die für den Leipziger Westverkehr eingeleiteten Fahrpläne D 124 und 123 zwischen Dresden und Breslau mit Anschlag nach und von Leipzig anlässlich der Breslauer Jubiläumsschiffe täglich ohne Unterbrechung bis einschließlich Donnerstag den 23. März verkehren.

Staatliche Kraftwagenlinie. Am 15. März wird der Verkehr auf der staatlichen Kraftwagenlinie Dresden-Burgz bis auf

weiteres eingestellt. Die Linie hat ganz unzureichende Einnahmen und erfordert dauernd sehr hohe Zuschüsse.

Bezirksauskunft Dresden-Mittstadt. Der Bezirksauskunftsdirektor Dresden-Mittstadt hält Freitag den 24. März, vormittags 10 Uhr, im Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft eine öffentliche Sitzung ab.

Ruderspeiung. Im ersten Monat, in dem die bisher von der Religiösen Gesellschaft der Freunde von America (Küster) organisierte Ruderspeiung durch den Deutschen Zentral-Ausschuß für die Auslandshilfe E. V. (Berlin NW 7, Dorotheenstr. 2) durchgeführt worden ist, wurde an 32 Speifetagen nachstehende Portionensahl herausgegeben: Schulkinder 8 414 168, Kleinkinder 471 840, Mütter 193 506 und Jugendliche 222 091, zusammen 9 801 889 Mahlzeiten. An der täglichen Ausgabe der Mahlzeiten wirkten etwa 20 000 freiwillige Helfer mit. Die Speifen werden in 1082 Kichen bereitet. Gepeift wurde in 1452 Gemeinden und in insgesamt 6782 Speifetellen.

Im Gönzbad am Elßberg können nunmehr von Mittwoch an auch beide Schwimmbäder wieder benutzt werden. Der Schwimmunterricht wird auch wieder aufgenommen. Alle Abteilungen der Anstalt sind bis auf weiteres, mit Ausnahme der Montage, an denen das Bad geschlossen bleibt, von vormittags 10 Uhr bis abends 7 1/2 Uhr, Sonnabends bis um 9 Uhr geöffnet. Mittwoch bleibt die Schwimmbadabteilung den Damen vorbehalten. Die Kasse wird für das Schwimmbad zwei Stunden und für die übrigen Abteilungen eine Stunde vor Ablauf der Badezeit geschlossen. Die Vollbadezeit in den Schwimmbädern ist Mittwoch auf 2 bis 7 1/2 Uhr und Sonnabends auf die Zeit von 3 bis 9 Uhr festgelegt. Vom 15. März an treten neue Preise in Kraft.

Die städtischen Volkshäuser werden vom 15. März an wieder in vollem Umfang in Betrieb genommen. Der Eintrittspreis ist infolge der erheblich gestiegenen Selbstkosten erhöht worden auf 1 M für ein Brausebad und auf 2,50 M für ein Wannenbad.

Ein Heiratsschwindler. Der 31 Jahre alte Schneider Franz Bruno Hebestreit knüpfte, trotzdem er verheiratet und Vater von zwei Kindern ist, mit einer 23jährigen Arbeiterin ein Verhältnis an und versprach ihr die Ehe. Das Verhältnis blieb nicht ohne Folgen. Hebestreit hat aber das Mädchen auch noch um ihre ganzen Ersparnisse in Höhe von 800 M. betrogen. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis.

Unfall. Auf der Prager Straße wurde am Montag vormittags gegen 10 Uhr ein 74 Jahre alter Straßenhändler von einem Radfahrer umgefahren, so daß er zu Boden stürzte und einen Oberschenkelbruch davontrug. Er wurde mit Unfallsopfern dem Krankenhaus Friedrichshafte zugeführt.

Diebstahl. Gestohlen wurde Freitag den 10. März gegen 2 1/2 Uhr vom Westerntierplatz ein vierjähriger Fleischerhandwagen mit 150 Kilogramm Schweinefleisch und 81 Kilogramm Rindfleisch. Der Wagen ist am nächsten Tage im Osttragehe ohne Fleisch wiedergefunden worden. Verboten, die über den Verbleib des Fleisches oder sonst zu den Diebstahl Angaben machen können, werden nach der Kriminalpolizei gebeten. — Gestohlen wurden ferner am 7. März zwischen 10 und 12 Uhr nachts einem Schankwirt in der Rosenstraße mehrere Herrenanzüge und Damenkleider im Werte von 19 000 M. Die gestohlenen Sachen dürften noch in derselben Nacht vom Diebe an einen unbekanntem Käufer abgesetzt worden sein. Über den Verbleib der Sachen, insbesondere über den unbekanntem Käufer Angaben machen kann, wird nach der Kriminalpolizei gebeten. — Mittels Nachschlüssel ist in der Zeit vom 11. bis 18. März aus dem Logenraum einer Sattlerfirma in der Wagner Straße eine geriebte Substanz (Schwarz Lotaris), etwa 5/4 Quadratmeter groß, gestohlen worden. Die Kriminalpolizei warnt vor Einkauf und bietet um sachdienliche Mitteilungen.

Kraftwagen gestohlen. In der Nacht vom 6. zum 9. März wurde dem Rittergutsbesitzer Graf zu Limburg-Sturum in Groß-Peterswitz, Kreis Reumot, ein neuer Motorwagen, feste Simonsine, aus dem verstellbaren Autoschuppen gestohlen. Beschreibung des Wagens: Sechsstufiger Motorwagen Opel, Typ 14/33, 4 Zylinder, dunkelblau lackiert, Oberleit Schwarz, Verriegelung Continental 890/135, Erzeugniszeichen 1 K 10082, Motornummer 43940, Jahrgang 1920. Seitens des Besitzers sind auf die Wiederherbeifassung des Wagens 80 000 M. Belohnung ausgesetzt. Sachdienliche Mitteilungen nimmt die Kriminalpolizei entgegen.

Gesellschaft. Der für Sonnabend angelegte Vertrag des Herrn Professors Dr. v. Glume, Erlangen, über: Neue Formen der Selbstverwaltung, muß ausfallen. Gegen Vorzeigung der Karte wird das erhobene Eintrittsgeld zurückgezahlt.

Gefährliche Heilverläufe bei Geschlechtskrankheiten. Die Ortsgruppe Dresden der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wird Dienstag den 21. März, abends 8 Uhr (Einlaß 6 Uhr), im Kristall-Palast, Dresden-N., Schillerstraße 46, einen weiteren Vortrag abend veranstalten. Herr Dr. med. Reustätter spricht über das im Hinblick auf das dem Reichstag zugangene Gesetz und den Widerstand interessierter Kreise augenblicklich besonders wichtige Thema: Gefährliche Heilverläufe bei Geschlechtskrankheiten. Mitglieder haben zu diesem Vortrag gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte 10 Pfennig Zutritt, für Nichtmitglieder beträgt der Eintrittspreis 1,00 M. Der Vortrag beginnt abends 8 Uhr (Kristall-Palast). In diesem Vortrag haben Personen keinerlei Geschlechts Zutritt.

28. Volksschule (Marienstraße). Nächsten Donnerstag, abends 7 Uhr, in der Turnhalle, Elterabend. Vortrag über: Weltliche Schule und christliche Schule. Referenten: Herr Lehrer Marx und Professor Dr. Laube. Da im Referat beide Richtungen zu Worte kommen, ist es jedes fortgeschrittenen Schülers Pflicht, an der Veranstaltung teilzunehmen und für zahlreichsten Besuch besorgt zu sein.

Mieterschule Innere Altstadt Mittwoch, abends 7 Uhr, in den Annenböden, Nischhofplatz.

Hausmannsleute. Donnerstag, abends 8 Uhr, im großen Saale des Volkshauses öffentliche Veranstaltung für Hausmannsleute. Es wird Bericht von dem Ergebnis der Verhandlungen mit dem Allgemeinen Hausbesitzerverein gegeben, außerdem werden Berufsfragen behandelt. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert vollständiges und pünktliches Erscheinen.

Mieterschülerverein. Heute Dienstag, abends 7 Uhr, im Hofhof Costa Mitgliederversammlung des Bezirksvereins Mieterschülerverein Costa.

Bund der Kinderreichen. Bezirk Pieschen. Infolge Uebersetzung des bisherigen Versammlungsorts finden die nächsten Monatsversammlungen im Saale des Hofhofs Pieschen, Torgauer Straße, statt. Nähere Bekanntgaben folgen. — Bezirksgruppe und Altkameradschaft. Zweite Monatsversammlung Mittwoch, abends 7 Uhr, im Restaurant Schützengasse, Ecke Schandauer und Schützengasse. Um vollständiges Erscheinen wird höflich gebeten, da wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen.

Die Invalidentagung hält Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, im Fraunschweiger Hof Verammlung ab. Zahlreicher Besuch erwünscht.

Bekehrung. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, findet Gemeindeversammlung im Gasthof statt.

Aus dem Parteileben

Schriften aus der Zeit des Sozialistengesetzes. Die Genossen werden gebeten, die Bücher usw., die dem Bezirkssekretariat zu einer extensiven Ausstellung überlassen waren, möglichst recht bald abzugeben.

S. V. D. Betriebsvereinsleute der Eisenbahner. Donnerstag, abends 7 Uhr, in den Annenböden, Nischhofplatz, Verammlung. Die Tagesordnung ist äußerst wichtig. Das Erscheinen aller unbedingt notwendig.

4. Unterbezirk

Kinderkassenkommissionen. Mittwoch, nachm. 8 Uhr. Wanderversammlung. Stellen Bischofsplatz. Die Kinder um 8 Uhr Morigburger Platz.

Vertrauensmänner - Konferenz Dresden - Kassenrat. Mittwoch, abends 7 Uhr, im Jugendheim, Oberstraße. Vortrag des Genossen Justizminister Dr. Seigner über: „Unternehmerrrecht und Betriebsräte“.

Kinderkassenkommissionen Trachenberge. Nächsten Donnerstag, nachmittags 8 Uhr, stellen die Kinder auf dem Hubertusplatz zum Spargang. Beispielsweise ist mitzubringen. Die Genossinnen und Genossen werden gebeten, ihre Kinder darauf aufmerksam zu machen und zur Teilnahme zu veranlassen.

6. Unterbezirk

Gruppe Gruns, Sebnitz, Reitz, Brühl. Mittwoch Verwaltungssitzung in Hausbahn Restaurant, Böhndorfer Straße. Erscheinen aller Verwaltungsmitglieder notwendig.

Kinderkassenkommissionen Erielen, Gruns, Slavewitz. Morgen Mittwoch Spielwanderung in die Seibe bei günstigem Wetter. Treffpunkt 1/2 Uhr Schillerplatz.

Tafelrunde Frauengruppe. Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, im Sachsenhof Unterhaltungabend. Erscheinen aller ist Pflicht. Gäste willkommen.

Bezirk Bauerschaft. Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Eibitz Frauenabend. Genosse Lehrer Knorr, Kemnitz, spricht über den Urwaldmenschen.

Das nicht bestandene Examen

Der Reichspostminister Giesbert hat den demokratischen Reichstagsabgeordneten Oberpostsekretär Delius in das Reichspostministerium berufen und zum Reichspostamt befördert. Herr Delius soll die Leitung der Poststelle im Reichspostministerium übertragen werden. Darob großer Kummer bei dem deutschpolitischen Abgeordneten und Oberpostsekretär Morath, der mit drei seiner Fraktionskollegen wegen der Ernennung des Herrn Delius eine Anfrage an die Regierung gerichtet hat, in der er sich über die Ernennung des Herrn Delius beklagt. Dabei macht Herr Morath geltend, dass Herr Delius ein ohne Erfolg den Versuch gemacht habe, die Verwaltungsprüfung für den gehobenen mittleren Postdienst zu bestehen. Es wird unter anderem der Reichsregierung die Frage gestellt, welche Wirkung auf die Arbeitsfreudigkeit derjenigen Beamten, die die Verwaltungsprüfung mit Erfolg abgelegt haben oder noch ablegen wollen, die Beförderung eines durchgefallenen Beamten im Falle.

Herr Delius hat durch seine Tätigkeit im Parlament bewiesen, daß er durchaus in der Lage ist, die Aufgaben, die ihm übertragen werden sollen, zu erfüllen, und es wäre lächerlich, unterbliebe seine Beförderung nur deswegen, weil er vor Jahren einmal im Examen durchgefallen ist. Der Durchfall des Herrn Delius soll übrigens daher rühren, daß man ihn eben wegen seiner politischen Betätigung unbedingt durchfallen lassen wollte.

Der Fall Delius erinnert an den Fall Voge, der sich hier in Sachen abgelehnt hat, wo ja auch ein Beamter, der sein Examen nicht bestanden hatte, befördert wurde. Die demokratische Presse billigt selbstverständlich die Ernennung ihres Parteigenossen Delius trotz dem nicht bestandenen Examen. Es muß auch die Möglichkeit gegeben sein, geeignete Persönlichkeiten zu befördern, auch wenn sie einmal beim Examen durchgefallen haben. Hier in Sachen aber haben sich auch demokratische Blätter an der Hege beteiligt, die einseitig, als der Justizminister Seigner den Genossen Voge zum Justizamtmann beförderte. Wenn die sächsischen Demokraten konsequent wären, so müßten sie jetzt dem Herrn Morath und Konjunkten zu Hilfe eilen. Das werden sie natürlich nicht tun. Es kam ihnen im Fall Voge ja nur darauf an, dem sozialdemokratischen Minister eins auszuwichen.

Die Leipziger Messe

Aus Leipzig wird uns geschrieben: Der Leipziger Messejahrmarkt ist zu Ende. Das offizielle Mesjahr dürfte einen Rekordbruch zeigen. Die Kaufkraft oder besser das Kaufbedürfnis war nicht zu stillen. Die Legitimierung konnte schon am ersten Tage einpausen, ja, sie war überhaupt überflüssig gewesen. Die Schuh- und Ledermesse war in der halben Woche mit Aufträgen überflüssig, das Zigaretten- und Tabakgeschäft ging unerwartet gut. Die Stimmung der Käufer war vorzüglich. Wein und Sekt floßen in Strömen. Kellner, Zimmermädchen und dann vor allem auch die Wiesefreundinnen erhielten ein braves Wohlgefallen. Der Mesjahr sollte aus Leipzig hinaus. Zentralfest der Leipziger Messe. Die Leipziger Messe wurde eingezogen; die mildtesten Zimmer wieder alljährlich hergerichtet. Die Maritimer transportierten die letzten Tische zum Bahnhof. Die Ober nahmen die Messeplanen von den Tischen und ließen die vorher normale Preise auf, von denen es den Eingeborenen nicht ganz so erg zu gefallen braucht; Leipzig erhielt wieder sein gewohntes Gesicht, bis auf den Mesplatz, draußen vom Frankfurter Tor, wo nun die Kleinmesse, der Proletenjahrmarkt beginnt.

Wenn man nicht als Volkswirt und auch nicht als Interessent die Leipziger Messe betritt, so ganz zufällig, gerade in den ersten Tagen des rechten Mesjahres die Weltstadt besucht, dann ist man zweifellos von ihrem ersten Anblick begeistert, wenn nicht sogar bewundert. Und tatsächlich ist die Messe mit ihrer Geschäftigkeit und Anreize, mit ihrer Zusammenfassung fast aller Produkte, nicht nur der deutschen, sondern auch der außerdeutschen Wirtschaft, ihren mächtigen in Wohlgefallen und Wohlstand und selbst noch im kleinsten Wuchsen der inneren Stadt untergeordneten Schaulager und Ausstellungen, einen übermächtigen Eindruck aus. Hunderttausende Menschen durchsuchen die Stadt, Käufer aus allen Ländern der Erde. Grenzplätze und Landesgrenzen haben in diesen Tagen hier in Leipzig keine Bedeutung. Geschäft heißt das Wort, das auf allen Lippen ruht, und hunderttausend oder noch mehr Hände sind tätig, um Geschäft zu erwirken. Geschäft summt es zwischen den Gegenständen, Geschäft grüßen die Stimmen der Betrachter und Geschäft wieder selbst der Trachtenparade auf der Feinschmied in früher Morgenstunde, während sein Herr Schmiedel die Scheine zählt.

Nur etwas erüthelt vom ersten Launen, den das rastlose Schaffen, Gehen und Denken bewirkt, sieht man die Messe mit anderen Augen an. Gewiß, die Leipziger Messe ist ein Meisterwerk der Organisation, doch sie ist eine Organisation der Planlosigkeit. Wie viel Arbeit, Zeit, Kraft und vor allem auch Geld wird hier für Zwecke geopfert, die bei mehr Planmäßigkeit überflüssig wären. Die Messe ist in ihrem Charakter rein kapitalistisch. Sie muß natürlich auch mit kapitalistischen Mitteln arbeiten, muß ungeheure Summen für Reklame hergeben, muß Hiesiger für Propaganda auswerfen. Aber einen Sozialisten tut es doch zu sehen, wie Tausende von Metern an Leinwand zu Bekleidungen dienen müssen, die als Firmenzeitschriften über die Straßen gespannt sind, als Reklamejahren an den Häusern hängen.

während zur gleichen Zeit die abertausend Autos drängen auf dem Asphalt, die in Karrenstößen als lebende Reklame einen Wochenlohn von den Mitseherinnen der Aussteller mitnehmen wollen, zum Teil das einzige Geld auf dem Boden tragen. Wie noch so überzeugend gesprochen wurde von den gemeinsamen Interessen von Arbeitnehmern und Industriellen an der Messe werden zur Phrase, wenn man weiß, daß der Fabrikant für die nächste Zeit mit einem Stundenlohn von 80 M. rechnet, diesen Lohn schon jetzt in die den Käufers angebotenen Warenpreise einfließen, während er noch 12 M. zahlt.

Doch die Messe ist nun einmal da und unser Wunsch, sie durch Besseres zu ersetzen, wird vorläufig noch auf Erfüllung warten müssen. Heute besteht ihre Bedeutung unter anderem darin, daß sie eine umfangreiche und vor allem fast zeitgemäße Industrielausstellung ist, die von unseren Schulen und Hochschulen, aber auch von unseren Betriebsorganisationen auf das fleißigste besucht werden müßte. Schon allein die regelmäßig stattfindende und immer größeren Umfang annehmende technische Messe sollte bald mehr, als dies bisher geschehen ist, zu Besuchen ausgenutzt werden. Die neuesten Modelle, die besten Konstruktionen, die letzten Erfindungen zeigt die Messe. Da die Konkurrenz zugleich ausstellt, kommt die vergleichende Kritik auf ihre Kosten. Auch in anderen Industrien zeigt die Messe stets neben älteren auch die allerneueste Fabrikation, die letzten Versuche. Um zu zeigen, welchen Nutzen auch der Fabrikarbeiter, Lehrling oder Betriebsrat aus der Messe ziehen kann, bedarf es nur eines Verweises auf die Frage, in der die neuesten Kunststoffe den Buchstaben ganz bedeutende Entzungen geben können oder auch die Mischwerkstoffe, die der Holzarbeiter sicher nicht ohne Gewinn beschäftigen würde. Die Regierungen sollten wüthetig genug sein, um für den Besuch der Messe den Schulen, aber auch den Arbeiterorganisationen genügend Mittel zur Verfügung zu stellen.

Gewerkschaftsbewegung

Ein gefälschtes „Geheimdokument“

Anfang März veröffentlichte das Verl. Tageblatt angebliche Enthüllungen aus den Geheimverordnungen der obersten Streikleitung während des Eisenbahnstreiks, die dann in vielen Blättern, hauptsächlich in der bürgerlichen Presse, nachgedruckt wurden. Uns erschienen diese „Enthüllungen“ von vornherein so ungläubig, daß wir auf ihre Richtigkeit bezweifelten. Wie richtig das war, das zeigt folgende Zuschrift, die die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -arbeiter der Presse gehen ließ:

„Das ganze, vom Berliner Tageblatt in der Morgenausgabe des 8. März d. J. abgedruckte Schriftstück ist von A bis Z frei erfunden. Keinem Mitgliede der Reichsgewerkschaften — die Bezeichnung „Oberste Streikleitung“ hat es ebensowenig wie die Bezeichnung „Generalrat“ — ist und gegeben — ist eine Zeile dieser angeblichen Richtlinien bekannt geworden. Wüthetig muß das ganze Dokument — falls ein solches überhaupt existiert — außerhalb der Reichsgewerkschaftsleitung von unbefugten, wenn nicht gar von böswilliger Seite zu durchsichtigen Fälschungen angefertigt worden sein. Es ist also unmöglich, daß von der Reichsgewerkschaftsleitung überhaupt irgendwelche Schotage-Richtlinien herausgegeben worden seien. Es ist ferner unmöglich, daß der „Transport-Bewaffneter“ von uns irgendwem in Erwägung gezogen worden wäre. Wahr ist vielmehr, daß die Reichsgewerkschaft ebensowenig Richtlinien für die Ausführung von Transport-Bewaffneter wie für sonstige Transporte während des Streiks ausgegeben hat, und daß sie mit „Bewaffneten“ niemals und nirgends Beziehungen unterhalten hat. Im übrigen weisen wir darauf hin, daß in den von der Zentralstreikleitung herausgegebenen „Ausführungsbestimmungen zur Durchführung von Dienst- bzw. Arbeitsleistung auf den Eisenbahnen“, die in 30 000 Exemplaren im Lande verbreitet waren, und die als einzige offizielle Richtlinien zu gelten haben, genau das Gegenteil von dem steht, was das Dokument des Berliner Tageblatts behauptet. So heißt es darin z. B. wörtlich: „Rostbandsarbeiten sind auszuführen, um den Schutz und die Sicherung des Vorratens und der Anlagen zu gewährleisten.“ Weiter steht dort: „Irgendwelche Verhandlungen mit Militärorganen oder mit Polizeiorganen auf dem Publikum ist aus dem Wege zu gehen.“ Und schließlich: „Gegen wilde Maßnahmen und Sabotage ist einzuschreiten.“

Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz

Vorige Woche wurde, wie aus Berlin gemeldet wird, im Reichsrechtsministerium über das Arbeitszeitgesetz mit besonderer Berücksichtigung des Entwurfs für die Eisenbahnbeamten verhandelt. Der Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gab die offizielle Erklärung ab, daß die Gewerkschaften gegen jedes Sondergesetz energigsten Einspruch erheben müßten. Ministerialdirektor Döbler machte daher den Vermittlungsvorschlag, daß die Organisationen sich noch einmal mit den schwebenden Fragen beschäftigen und dann dem Ministerium ihre Vorschläge übermitteln sollten. Gestern traten daher der A. D. G. B., der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsring und der Deutsche Beamtenbund zusammen, um eine Entscheidung in dem von Ministerialdirektor Döbler geforderten Sinne zu fällen. Die Haltung der Gewerkschaften war nicht einheitlich. Es wurde von verschiedenen Seiten die Notwendigkeit betont, zwischen den Gewerkschaften und dem Ministerium eine Art Vertrag bis zum Inkrafttreten des Arbeitszeitgesetzes zu schließen, da bei der Eisenbahn bekanntlich die Fragen der Dienstzeit und der Dienstbereitschaft völlig ungelöst sind. Auf eine Einigung zwischen den Organisationen und dem Ministerium wird mit Sicherheit gerechnet.

Ein Beamtenstreikgesetz?

Nach Meldungen bürgerlicher Korrespondenzen bereitet das Reichsministerium des Innern ein Gesetz bezüglich des Streikverbots für Beamte aus. Die entscheidenden Bestimmungen sollen bereits beschlossen sein. Jeder auf Lebenszeit angestellte Beamte, der im Zusammenwirken mit anderen Beamten oder sonstigen Arbeitnehmern die Erfüllung seiner Amtspflichten ganz oder teilweise verweigert, soll nach diesen Meldungen mit Dienstentlassung bedroht werden. Er soll aber das Recht bekommen, innerhalb vier Wochen nach seiner Entlassung beim Landgericht seines Heimatortes zu klagen, und darf, wenn er rechtskräftig entlassen ist, trotzdem noch fünf Jahre wieder in das Beamtenverhältnis aufgenommen werden. Weiter will man wissen, daß sich dieses Gesetz auch auf die Beamten der Länder, Gemeinden und sonstige öffentliche Körperschaften erstrecken soll. Wie der Sozialdemokratische Parlamentarier dazu erachtet, ist die Meldung in dieser Form falsch. Wie Minister Dr. Röcher bereits im Hauptauschuss des Reichstags erklärte, schweben in seinem Ministerium zur Zeit Erwägungen über eine Verengung des Beamtengesetzes in bezug auf das Streikrecht. Irgendwelche Beschlüsse sind aber noch nicht gefaßt worden. Das Ministerium hat sich noch nicht einmal für einen der verschiedenen, auf diesem Thema gemachten Vorschläge entschieden. Alle Meldungen über zu erwartende Verengungen des Beamtengesetzes beruhen also auf Kombinationen.

Die Kommunisten an die Landarbeiter

Vom Vorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes wird uns geschrieben: Die Kommunisten wenden sich mit Aufrufen und andern Publikationen aller Art seit einiger Zeit an die Landarbeiter, unter dem Vorgeben, eine Einheitsfront der Landarbeiter herzustellen zu

wollen und befehlen dabei in erster Linie ihre Klassenossen und ihre wirtschaftliche Organisation, den Deutschen Landarbeiterverband. Wie immer, operieren sie auch in dem Falle mit handgreiflichen Unwahrheiten. Der Vorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes lehnt es ab, auf die Verdröngungen und Unterstellungen der Kommunisten einzugehen. Er geht dabei von der Überzeugung aus, daß jeder mit den Dingen vertraute Landarbeiter urteilsfähig genug ist, die unmaßigen Behauptungen zu erkennen.

Die Kommunisten erwidern ihre Lebensaufgabe zur Zeit offenbar darin, die Streikkraft der deutschen Landarbeiter zu schwächen. Mit ihnen gibt es keine Gemeinschaft.

Der Deutsche Landarbeiterverband wird in jeder Situation den Weg gehen, den er nach Lage der Sache und im Interesse der deutschen Landarbeiter zu beschreiten für notwendig erachtet.

An die im Deutschen Landarbeiterverband organisierten Landarbeiter richten wir den Appell, sich nicht vor den Parteitaxen der Kommunisten spannen zu lassen und sich nicht an den kommunistischen Ortsauschüssen zu beteiligen, die nur geeignet sind, etwaige Forderungen des Deutschen Landarbeiterverbandes zum Schaden der Mitglieder zu durchkreuzen und die Kollegen zu vertreiben.

Mit den kommunistischen Ortsauschüssen gibt es für den Verbandsvorstand kein „Paktieren“. Wer diese Ortsauschüsse unterstützt, unterstützt die Gegner. Die Landarbeiter stehen vor der Entscheidung: entweder gemeinsam mit dem Deutschen Landarbeiterverband oder mit den Kommunisten zu gehen.

Neuer Lohnsatz in der Dresdner Fußbranche

Nach mehrmonatlichen, mit äußerster Zähigkeit geführten Verhandlungen ist es dem Deutschen Befreiungsarbeiterverband gelungen, einen neuen Tarifvertrag für das Fußgewerbe abzuschließen. In seiner Fassung des Verbandes waren die Löhne derart bescheiden, wie im Fußgewerbe einer kaufmännischen Leistung. Selbst die nur in geringer Anzahl zum Spitzenlohn beschäftigten Arbeiterinnen waren nicht in der Lage, ohne Unterstützung von Eltern oder Angehörigen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Löhne der unteren Kategorien reichten in keinem Falle an die in Dresden für ungelernete Arbeiterinnen festgelegten Entschädigungen heran. Auch im Standigungsmonat wurde an eine Fußarbeiterin im ersten Halbjahr nach dreijähriger Arbeit ein Monatsgehalt von 34,75 M. oder ein Stundenlohn von 1,66 M. gezahlt. Der nunmehr geltende Tarifvertrag bringt in der untersten Stufe eine Lohnsteigerung von 100 Prozent, in der Spitze eine Zulage von 50 Prozent. Weiter weiterte sich die Fußmachereinnahme ganz erheblich, Verleihungsschuldungen in den Tarif mit aufzunehmen. Dafür gab sie die Erklärung ab, sich für eine zeitgemäße Erhöhung dieser Entschädigung in der Jahressammlung einzusetzen zu wollen. Von einem Ausgleich der bestehenden Löhne kann aus nach diesem Tarifabschluß nicht gesprochen werden. Es wird Aufgabe der Fußarbeiterinnen sein, durch reiflichen Zusammenhalt in der Organisation weiten Fortschritt zu ermöglichen.

Die nächste Versammlung des Gewerkschaftsrates findet nächsten Freitag den 17. März, 6 1/2 Uhr, im kleinen Saale der Annenstraße, Bischofsplatz, statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Rechtsanwalts Groß über die Welterhebungsgesetzgebung sowie Beschlußfassung über Erhöhung des Kartellbeitrages. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kartellmitglieder notwendig.

Zur Verlegung der Differenzen in der Dresdner chemischen Industrie faulen gestern auf Anordnung des Demobilisationskommissars vor dem Schlichtungsausschuss Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den Vertretern der betreffenden Angestellten statt, die heute fortgesetzt werden. Über den Ausgang werden wir berichten.

In der Glasfabrik Schramm droht nach einer von der Unabhängigen Volkszeitung veröffentlichten Zuschrift ein Streik auszubrechen. Ein Hilfsarbeiter bekommt in der Glasfabrik jetzt noch 9,50 M. Stundenlohn. Die Arbeiterchaft der Glasfabrik Schramm hat ein Ultimatum gestellt, das Montag früh 9 Uhr abläuft.

Im Magdeburger Metallarbeiterstreik ist durch Vermittlung des Oberpräsidenten Hering eine Einigung erzielt worden. Es bleibt bei der Entscheidung des Schlichtungsausschusses, der eine Stundenzulage von 1,50 M. für Februar und 75 Pf. für die erste Hälfte März vorläß. Vom 15. März an wird den Arbeitern eine weitere Stundenzulage von 50 Pf. gezahlt.

Kaufbeziehung des hiesigen Metallarbeiterstreiks. Nach einer Meldung aus Augsburg ist dort in einer Versammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes einstimmig beschlossen worden, am Mittwoch in den Hofstand zu treten. Die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes und des Gewerkschafts deutscher Metallarbeiter wollen sich ebenfalls am Streik beteiligen.

Sport • Spiel • Körperpflege

Bezirk Dresden, 1. Gruppe. Sitzung sämtlicher Vereinsvorsitzender und Vereinsführer am 22. März, 7 1/2 Uhr, Gasthof Sächsischen. Wo kein Sportwart gemeldet worden ist, hat derselbe zu erscheinen, welchem die Reichsstatistik zur Verarbeitung überreichen werden ist.

Verantwortlich für Politik u. Unterhaltungsteil: Paul Rodmann; für Sachverhalte u. Gewerkschaftsbewegung: Paul Barthel; für Stadtdruck u. Aus der Umgebung: Franz Holzgasse, sämtlich in Dresden; für den Kreis und Lokales aus Freital: Richard Romach, Wildbrunn; für den Inlandsteil: Max Weichold, Dresden. — Druck und Verlag von Raden u. Comp., Dresden.

Ein guter Mokka ist die beste Empfehlung für jedes Hotelrestaurant, Kaffee, Gasthaus usw. Vorzüglich konstruierte Kaffeemaschinen aller Größen führen Gebr. Eberstein Altmarkt 7 Wir erbitten Besichtigung unserer Muster auf der Ausstellung für Kochkunst: Ausstellungspalast ... 15. bis 17. März.

Strickjacken sowie sämtliche Strickwaren kauft man am besten im Spezialhaus für Strickwaren H. Otto Hofmann Dresden-A., Sternplatz 2 Eingang Annenstraße — Straßenbahnlinien 23, 15, 13, 7 und 26.

